

Heike Solga, Justin Powell, Peter A. Berger (Hg.)

Soziale Ungleichheit

Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse

Heike Solga ist Direktorin der Abteilung »Ausbildung und Arbeitsmarkt« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sowie des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) und Professorin an der Freien Universität Berlin.

Justin Powell ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung »Ausbildung und Arbeitsmarkt« am WZB.

Peter A. Berger ist Professor für Makrosoziologie an der Universität Rostock und Sprecher der Sektion »Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die vorliegende Zusammenstellung von klassischen Texten zur Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung versammelt sowohl deutsche als auch internationale Originaltexte. Die Auswahl der Texte basiert zum einen auf den Erfahrungen der Herausgeberin und der beiden Herausgeber als Lehrende im Bereich der Sozialstrukturanalyse. Zum anderen haben wir auch unsere Kolleginnen und Kollegen der Sektion »Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) befragt, welche Texte sie denn als »klassische Texte« und als ein »Muss« beim Studium sozialer Ungleichheit bezeichnen würden. Das Feedback auf diese Anfrage war überraschend zahlreich und häufig mit dem ermutigenden Kommentar versehen, dass ein derartiger Reader für Lehrveranstaltungen und das Selbststudium in Deutschland längst überfällig sei. Dafür sei allen an dieser Stelle gedankt. Zahlreiche Texte wurden immer wieder genannt und können daher wohl als »Klassiker« gelten. Gleichwohl konnten wir nicht all diese Texte aufnehmen. Die Auswahl der Texte liegt – wie es so schön heißt – in der Verantwortung der Herausgeberin und der Herausgeber und stellt insofern unsere »Story« der Ungleichheitsforschung dar – eine kritische Auseinandersetzung ist jedoch durch die Lektüre der Originaltexte unmittelbar möglich.

Abschließend sei meinerseits dem Campus Verlag dafür gedankt, dass er sich mit diesem neuen Lehrbuchformat des Readers auf den hart umkämpften Markt der Lehrbücher wagt. Bedanken möchte ich mich auch bei den Verfasserinnen und Verfassern der hier versammelten Texte für deren Zustimmung, ihre Texte gekürzt in den Reader aufnehmen zu können. Danken möchte ich ferner meinen beiden Mitherausgebern – Peter A. Berger und Justin Powell – für die hervorragende Zusammenarbeit und die interessanten Diskussionen beim Entstehen dieses Buches. Tatkräftig unterstützt wurden wir durch unsere studentischen Mitarbeiterinnen Viviana Proft und Lisa Carstensen.

Eine besondere Ehre ist es für mich, den Reader mit einem Text von Helga Krüger zu beenden – einer national und international anerkannten Sozialstruktur- und Geschlechterforscherin der ersten Stunde, die leider viel zu früh, bereits während der Entstehung dieses Bandes, verstorben ist.

November 2008

Heike Solga

Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung

Heike Solga, Peter A. Berger und Justin Powell

Was ist soziale Ungleichheit und welche Erklärungen gibt es dafür? Das ist das zentrale – in Öffentlichkeit, Medien und im Privaten immer wieder heiß diskutierte – Thema dieses Readers. Es berührt Fragen wie: Warum verdienen Manager deutlich mehr als die Beschäftigten des Unternehmens? Warum benötigt man als Ingenieur einen Hochschulabschluss? Warum gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen? Und warum gehen Kinder aus Akademikerfamilien eher auf das Gymnasium und die Hochschule als Kinder aus Arbeiterfamilien? Für all diese Fragen scheint es im Alltag schnelle Antworten zu geben: Manager haben eine höhere Verantwortung für das Unternehmen als die Beschäftigten. Ingenieure müssen sich als Grundlage ihrer Berufstätigkeit zahlreiche Kompetenzen auf einer Hochschule aneignen. Frauen wollen wegen ihrer Kinder nicht in Führungsposition. Oder Kinder aus Akademikerfamilien wissen mehr und erhalten deshalb bessere Noten als Arbeiterkinder. Diese Antworten scheinen plausibel – und sie können für Einzelpersonen auch durchaus richtig sein. Dennoch greifen sie viel zu kurz: Sind es Antworten, die für alle oder die meisten Angehörigen der jeweiligen sozialen Gruppe, also regelhaft zutreffen? Was ist mit verantwortungslosen Managern, hoch kompetenten Do-it-yourself-»Ingenieuren«, kinderlosen Frauen oder Akademikerkindern, die andere Stärken haben als wissenschaftliche?

Um hier und bei anderen Sachverhalten zu fundierten Antworten zu kommen, müssen wir uns mit drei grundlegenden Fragen beschäftigen: (1) Warum gibt es systematische Unterschiede zwischen sozialen Gruppen? (2) Sind diese Unterschiede regelmäßig mit Vor- und Nachteilen, das heißt mit »sozialer Ungleichheit« (siehe Definition unten), verbunden? Und (3) warum sind diese Vor- und Nachteile dauerhaft auffindbar? Dabei ist es nicht einerlei, welche Antworten wir finden. Erst wenn wir verstehen, wodurch soziale Ungleichheiten in unserer Gesellschaft hergestellt werden, können wir auch darüber befinden, was getan werden müsste, um sie zu verringern. Diese Überlegung geht von der Annahme aus, dass soziale Ungleichheiten gesellschaftlich produziert und damit auch gesellschaftlich gestalt- bzw. veränderbar sind. Dies ist keinesfalls selbstverständlich, sondern geht auf Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) zurück, den man daher auch als den ersten Theoretiker der modernen Ungleichheitsforschung bezeichnet. In seiner »Abhandlung vom Ur-

sprunge der Ungleichheit unter den Menschen, und worauf sie sich gründe« aus dem Jahr 1755 schreibt er: »[...] so wird man finden, daß der Unterschied zwischen Mensch und Mensch, in dem Stande der Natur weit geringer seyn müsse, als in dem Stande des gesellschaftlichen Lebens, und daß die bey dem menschlichen Geschlechte *eingeführte* Ungleichheit, die natürliche um ein Großes vermehrt haben müsse« (Hervorhebung durch Herausgeber). Andere Intellektuelle seiner Zeit waren hingegen noch dem Absolutismus verhaftet und behandelten Ungleichheit wie die meisten früheren Denker als etwas Natur- oder Gottgegebenes.

Ziel des vorliegenden Readers ist es, Grundwissen für die Analyse sozialer Ungleichheit zu vermitteln. Behandelt werden zentrale Grundbegriffe sowie Ursachen und Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit. Im Unterschied zu anderen Lehrbüchern geschieht dies jedoch nicht durch eine Darstellung aus zweiter Hand seitens der Herausgeberin und der Herausgeber dieses Bandes. Vielmehr sollen sich die Leserinnen und Leser selbst mit Originaltexten auseinandersetzen. Hierfür versammelt der Reader zentrale theoretische Texte zu sozialer Ungleichheit, die jeder Studierende der Sozialwissenschaften gelesen haben sollte. Nach der Einleitung, in der die wichtigsten Grundbegriffe vorgestellt und die ausgewählten Texte kurz charakterisiert werden, folgen Schriften zu den sogenannten klassischen Theorien sozialer Ungleichheit (zum Beispiel von Davis und Moore, Marx, Weber, Bourdieu, Erikson und Goldthorpe). Danach zeichnen Arbeiten von Schelsky, Dahrendorf, Beck und anderen die Debatten um das »Ende von Klasse und Schicht« nach. Anschließend folgen Beiträge zu neueren Theorien sozialer Ungleichheit (unter anderem von Vester, Hradil und Kronauer) sowie zu Lebens(ver)laufsansätzen in der Sozialstrukturanalyse (von Kohli, Mayer und Krüger).

Zahlreiche Bereiche der Ungleichheitsforschung werden in diesem Reader nicht gesondert behandelt – so zum Beispiel Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, Armut, Migration und Ethnizität, Gesundheit oder Bildungsungleichheiten (obwohl die Bedeutung von Bildung für die Legitimation sozialer Ungleichheit durchaus thematisiert wird, → Solga). Auch konnten nicht alle Theoretiker der Ungleichheitsforschung in den Reader aufgenommen werden. Es handelt sich um einen Band für den Einstieg in die Ungleichheitsforschung und nicht um ein Kompendium. Nach Lektüre der hier versammelten Texte sollte es jedoch leichter möglich sein, weiterführende Schriften und andere theoretische Perspektiven zu verstehen.

Die aufgenommenen Beiträge sind – aus Platz-, Zeit- aber auch Verständnisgründen – auf zentrale Passagen und Kernaussagen gekürzt. Diese Kürzungen sind in den Texten durch [...] kenntlich gemacht. Gekürzt wurden aus diesem Grund auch die Fußnoten und teilweise die Literaturverzeichnisse. Bei Fußnoten handelt es sich häufig um zusätzliche Erläuterungen, die für das Verstehen der Hauptargumentationslinie nicht zentral sind. Ihre Streichung wird mit [*] gekennzeichnet.

Literaturverzeichnisse mussten vor allem wegen des Gesamtumfangs gestrichen werden; die in den Texten angeführte Literatur ist in einem Literaturverzeichnis am Ende dieses Bandes zusammengefasst. Zum Teil beziehen sich Texte auf andere Beiträge im Reader. Um diese Bezugnahmen deutlich zu machen, wird in den entsprechenden Texten ein Querverweis mit (→ Name) aufgenommen.

Was ist soziale Ungleichheit?

Soziale Ungleichheit ist ein zentrales Phänomen der Sozialstruktur. Bevor wir uns mit sozialer Ungleichheit beschäftigen, ist daher zu klären, was mit der Sozialstruktur einer Gesellschaft gemeint ist. Dazu ist es sinnvoll, die beiden Bestandteile des Begriffs Sozialstruktur zunächst getrennt zu betrachten. Kommen wir als Erstes zum Bestandteil »sozial«. Ein zentraler Gegenstand der Soziologie sind soziale Beziehungen. Im Unterschied zur Psychologie, die das menschliche Verhalten einzelner Individuen ins Zentrum stellt, geht es in der Soziologie um Menschen als Angehörige sozialer Kategorien oder Gruppen¹ (zum Beispiel Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Alter, Bildungs- oder Berufsgruppen) und um die Beziehungen, die zwischen diesen sozialen Gruppen bzw. Menschen als Angehörige dieser Gruppen bestehen. Von einer »Struktur« wird in der Soziologie dann gesprochen, wenn es sich bei diesen sozialen Beziehungen um regelhafte und relativ dauerhafte Beziehungen handelt. Diese Regelmäßigkeit und Dauerhaftigkeit kann zum Beispiel über soziale Normen und Werte im gesellschaftlichen Konsens hergestellt, über Herrschafts- und Autoritätsbeziehungen durchgesetzt oder durch Routinen, Rituale und Gesetze, deren Befolgung belohnt und deren Verletzung sanktioniert wird, erzeugt werden. Wieder zusammengesetzt, bedeutet »Sozialstruktur« daher nichts anderes als das relativ stabile System sozialer Beziehungen in einer Gesellschaft. Ziel der Sozialstrukturanalyse ist damit zunächst ganz allgemein – und unabhängig von der jeweiligen theoretischen Perspektive – die Untersuchung relativ dauerhafter Wechselbeziehungen zwischen sozialen Gruppen sowie deren Veränderungen als Formen des sozialen Wandels.

Die Sozialstrukturanalyse ist eine Form der Gesellschaftsanalyse, bei der vor allem Fragen sozialer Ungleichheit im Mittelpunkt stehen. Wieso? Eine wichtige Grundlage für die Regelmäßigkeit und Dauerhaftigkeit von sozialen Beziehungen ist die Verteilung gesellschaftlich wichtiger Ressourcen, wie zum Beispiel Kapital,

¹ Wenn im Folgenden von »sozialer Gruppe« die Rede ist, dann ist damit eine Gruppe von Menschen gemeint, die ein sozial relevantes Merkmal gemeinsam haben, also einer sozialen Kategorie zugehörig sind. Diese Personen müssen nicht eine soziale Gruppe im engeren Sinne bilden, das heißt persönliche Kontakte haben und/oder Interessen und Ziele teilen.

Macht, Bildung, Einkommen. Die Verteilung dieser Ressourcen bestimmt einerseits, welche Unterschiede im Ressourcenbesitz zwischen sozialen Gruppen bestehen, und andererseits, ob daraus Vor- und Nachteile – sprich soziale Ungleichheiten – erwachsen. Ist diese Ressourcenverteilung relativ stabil ungleich, dann sind auch die darauf begründeten sozialen Beziehungen dauerhaft ungleich. Zudem verleiht sie diesen Beziehungen auch eine gewisse Regelmäßigkeit, da die Teilhabe an Ressourcen nicht von Situation zu Situation oder Zeitpunkt zu Zeitpunkt fluktuiert und auf diese Weise typische Handlungsbedingungen von Individuen (immer verstanden als Angehörige sozialer Gruppen) innerhalb von Gelegenheitsstrukturen definiert. Freilich gibt es nicht nur eine Erklärung dafür, wie Ressourcen in einer Gesellschaft verteilt sind und warum daraus Vor- und Nachteile für soziale Gruppen entstehen, sondern es existieren zahlreiche Erklärungen – und genau das ist es, was wir zunächst sehr allgemein als Theorien sozialer Ungleichheit bezeichnen: Sie wollen Auskunft darüber oder Begründungen dafür geben, warum die Produktion und Reproduktion von Ungleichheiten systematisch und dauerhaft erfolgen.

Als Angehörige sozialer Gruppen nehmen Menschen soziale Positionen im Gefüge sozialer Beziehungen ein. Dabei handelt es sich um »soziale Plätze« in unterschiedlichen Institutionen einer Gesellschaft (wie etwa Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Familie, Religion, Staat), denen Aufgaben und Erwartungen (Rollenmuster) und bestimmte Ressourcen (zum Beispiel Einkommen, Autorität) zugeordnet sind. Das heißt, die Aufgaben und Ressourcen existieren relativ unabhängig von den jeweiligen Personen, die diese sozialen Positionen besetzen. Beispiele für soziale Positionen sind Beschäftigte und Unternehmer, Kinder und Eltern, Lehrer und Schüler, Mann und Frau (im Sinne von *gender*, siehe unten), Berufspositionen, aber auch Arbeiterklasse und Bourgeoisie, Schichten, Lebensstile und soziale Milieus. Für Personen, die diese Positionen bzw. sozialen Plätze einnehmen, sind bestimmte Handlungserwartungen und -bedingungen sowie Gelegenheitsstrukturen definiert – und zwar unabhängig von ihren individuellen (Persönlichkeits-)Eigenschaften. Dies schließt freilich nicht aus, dass Personen in Abhängigkeit von ihren individuellen Eigenschaften die durch die Position zur Verfügung gestellten Handlungsspielräume unterschiedlich nutzen können.

Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung wollen nun untersuchen und erklären, inwieweit diese Handlungsspielräume nicht nur unterschiedlich, sondern auch ungleich sind, das heißt, systematisch (regel- und dauerhaft) mit bestimmten Vor- oder Nachteilen in Abhängigkeit von eingenommenen sozialen Positionen verbunden sind. Ein einfaches Beispiel dafür ist der Vergleich des Schlossers und des Ingenieurs: Hier unterscheiden sich nicht nur die Arbeitsaufgaben der Personen, die als Schlosser oder Ingenieur beschäftigt sind, sondern auch die Arbeitsbedingungen, das Einkommen, das soziale Ansehen oder die Beschäftigungsrisiken – und dies relativ unabhängig davon, wie gut oder schlecht diese

beiden Berufe jeweils ausgeübt werden. So verdienen Personen, die als Schlosser beschäftigt sind, in der Regel weniger als Personen, die als Ingenieure beschäftigt sind – und dies auch dann, wenn der Schlosser ein Virtuose seines Berufes und der Ingenieur nur mittelmäßig ist.

Wir sprechen immer dann von *sozialer Ungleichheit*, wenn Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind. Es geht also um gesellschaftlich verankerte, mithin, wie schon betont, um regelmäßige und dauerhafte Formen der Begünstigung und Benachteiligung – und nicht um den zufälligen Lottogewinn, der jemanden zum Millionär macht. Es geht auch nicht einfach nur um Verschiedenartigkeit (zum Beispiel im Musikgeschmack, in der Religion, der Kleidungsvorlieben oder zwischen Jungen und Alten, Eltern und Kindern, zwischen Berufspositionen der gleichen Ebene, wie Schlosser und Klempner, oder um regionale Besonderheiten), sondern um Unterschiede im Zugang zu knappen Ressourcen, die die Menschen schlechter oder besser stellen. Es handelt sich also um überindividuelle Ungleichheiten in der Verteilung von Handlungsressourcen sozialer Gruppen, die durch das Verhalten und Denken des Einzelnen nicht kurzfristig beeinflusst werden können.

Diese Definition von sozialer Ungleichheit enthält keine Vorentscheidung darüber, wie gerecht oder ungerecht, und damit, wie legitim soziale Ungleichheit ist. Dies ist eine normative Frage, deren Antwort bei den einzelnen Forscherinnen und Forschern liegt. Während beispielsweise → Davis und Moore soziale Ungleichheit als notwendige Bedingung von Arbeitsteilung und gesellschaftlichem Wohlstand definieren, so dass letztlich »nur« die Formen und das Ausmaß an Ungleichheit zu gestalten seien, kritisieren → Marx und Engels oder → Bourdieu soziale Ungleichheit generell und treten für ihre vollständige oder weitestgehende Beseitigung ein. Lebensstilforscherinnen und -forscher hingegen äußern sich dazu meist überhaupt nicht – warum dies so ist, wird weiter unten deutlich werden.

In Abgrenzung zu sozialer Ungleichheit bezeichnen wir als *soziale Differenzierung gesellschaftlich verankerte (also gleichfalls überindividuelle) Unterschiede, die nicht (notwendigerweise) mit Vor- und Nachteilen und somit nicht mit Asymmetrien in den Handlungsbedingungen verbunden sind*. Soziale Differenzierungen können in manchen Gesellschaften und bestimmten historischen Kontexten zur Grundlage für soziale Benachteiligungen werden, indem sie unter diesen Bedingungen dann doch asymmetrische, mit ungleichen Handlungsressourcen verbundene soziale Beziehungen begründen. In dem Moment wird dann aus sozialer Differenzierung soziale Ungleichheit. Wir sehen daran auch, dass die Beseitigung sozialer Ungleichheit nicht Gleichförmigkeit bedeuten muss, sondern auf Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung zielt. Soziale Differenzierungen wird es wohl immer

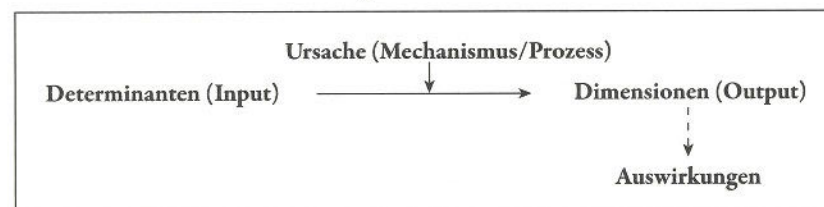
geben – und damit auch unterschiedliche soziale Positionen und Kategorien. Die Frage ist allerdings, inwieweit damit zugleich Vorteile und Benachteiligungen einhergehen. Aus Ingenieuren werden bei Beseitigung sozialer Ungleichheit nicht einfach Schlosser und umgekehrt. Ob aber mit unterschiedlichen Berufspositionen auch Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen verbunden sind, ist eine »vom Menschen eingeführte Ungleichheit«. In ähnlicher Weise werden nach der Beseitigung von Geschlechterungleichheit aus Frauen nicht Männer. Warum jedoch Frauen weniger verdienen als Männer (selbst bei Berufstätigkeiten auf der gleichen Ebene und mit gleicher Arbeitszeit) und deutlich seltener Führungspositionen besetzen, ist keine Frage der Biologie oder der »Natur«, sondern Resultat der gesellschaftlichen Verhältnisse und des sozialen Handelns.

Schließlich sei noch auf die Unterscheidung zu bloßer *Verschiedenartigkeit* hingewiesen. Nicht alle Unterschiede zwischen Menschen werden zu sozialen Differenzierungen oder gar zu sozialer Ungleichheit. Es gibt kleinere und größere Menschen, Menschen mit blauen und braunen Augen, Menschen mit kurzen und langen oder vielen und wenigen Haaren, es gibt Menschen mit und ohne Brille, Menschen, deren Lieblingsfarbe Grün oder Rot ist usw. Erst wenn diese Verschiedenartigkeiten im Sinne einer systematischen Strukturierung sozialer Beziehungen *sozial* relevant werden, sind sie auch soziologisch als Phänomen sozialer Differenzierung oder sozialer Ungleichheit bedeutsam. Gegenwärtig dürfte sich beispielsweise eine solche Transformation von Verschiedenartigkeit zu sozialer Ungleichheit in Bezug auf das Körpergewicht vollziehen: Es scheint nicht mehr egal zu sein, wie viel man wiegt. Mit starkem Übergewicht verbinden sich heute beispielsweise zunehmend auch systematische Nachteile beim Zugang zu Beschäftigung – sei es mit der Begründung einer fehlenden Attraktivität in Berufen mit direktem Kundenbezug, eines höheren Risikos von Ausfällen durch Krankheit oder aufgrund einer Stigmatisierung durch die Unterstellung mangelnder Fähigkeiten zur Selbstkontrolle (wobei die Definition, was denn eigentlich Über- bzw. Untergewichtigkeit ist, keinesfalls eindeutig ist, sondern eine ständigem Wandel unterliegende soziale Konstruktion darstellt, die sich, medizinisch legitimiert, am »Typischen« oder »Durchschnittlichen« orientiert).

Für die Bestimmung und Erklärung sozialer Ungleichheit ist es sinnvoll zwischen vier *Strukturebenen sozialer Ungleichheit* zu unterscheiden (vgl. dazu auch Hradil 2008: 213 ff.): (1) Determinanten, (2) Dimensionen, (3) Ursachen und (4) Auswirkungen (siehe unsere Abbildung 1).

(1) *Determinanten* sozialer Ungleichheit sind soziale Merkmale von Personen (wie zum Beispiel das Geschlecht, das Bildungsniveau, die soziale Herkunft), die Zugehörigkeiten zu sozialen Gruppen definieren, die wiederum Grundlage für Vor- oder Nachteile in bestimmten Handlungs- und Lebensbedingungen darstellen. Bei diesen Merkmalen – auch »Sozialkategorien« benannt – wird zwischen zu-

Abb. 1: Strukturebenen sozialer Ungleichheit



geschriebenen (*ascribed*) und erworbenen (*achieved*) Merkmalen unterschieden. Während zugeschriebene Merkmale bzw. Determinanten sozialer Ungleichheit vom Einzelnen nicht oder kaum beeinflusst werden können (wie etwa Geschlecht, soziale oder regionale Herkunft, Alter, Behinderung), sind erworbene Merkmale von Personen durch ihr eigenes Zutun entstanden und daher prinzipiell veränderbar (zum Beispiel Bildung, Beruf, Familienstand).

Bei beiden Typen von Determinanten handelt es sich trotz ihres teilweise biologischen Anscheins um von »Menschen gemachte« Merkmale – das heißt um soziale Konstruktionen:

(a) Es werden nicht alle biologischen Unterschiede zwischen Menschen sozial oder gar ungleichheitsrelevant. Es bedarf also eines sozialen Prozesses, der bestimmte biologische Merkmale in »soziale Positionen« (bzw. Kategorien) transferiert. Ein Beispiel dafür ist das Geschlecht: Für alle scheint klar und eindeutig zu sein, dass es genau zwei Geschlechter, nämlich Männer und Frauen »gibt«. Doch was ist mit Personen, die ihr Geschlecht verändert haben (Transgender), oder den circa 100.000 in Deutschland lebenden Intersexuellen (Hermaphroditen oder Zwittern)? Die soziale Konstruiertheit von Geschlecht zeigt sich darüber hinaus auch darin, dass die Unterschiede innerhalb der Gruppe der Frauen (zum Beispiel in der Körpergröße, dem Gewicht, der Kraft) größer sind als die durchschnittlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Gleiches gilt für Unterschiede zwischen Männern: Es gibt etliche Männer, die deutlich kleiner sind oder die weniger Kraft haben als viele Frauen. Gleichwohl werden biologische Merkmale – nämlich die Geschlechtsorgane (im Sinne von *sex* als biologischer Kategorie) – verwendet, um Differenzen zwischen Mann und Frau, die in ihren Konsequenzen weit über diesen einen Unterschied hinausgehen, zu definieren. Um die Auswahl dieses einen Kriteriums zu begründen, wird meist die Fortpflanzungsfähigkeit ins Feld geführt. Aber warum bezeichnen wir dann Frauen, die keine Kinder gebären können, und Männer, die keine Kinder zeugen können, dennoch als »Frauen« und »Männer«?

(b) Darüber hinaus handelt es sich bei diesen zugeschriebenen Merkmalen um soziale Konstruktionen, da die Relevanz biologischer Unterschiede vom gesellschaft-

lichen Kontext abhängig ist und nicht in der »Natur der Sache« liegt. Nehmen wir hier das Beispiel der sozialen Konstruktion von Behinderung. Stellen wir uns einen Brillenträger vor, der ohne seine Brille nichts sehen kann. In früheren Zeiten, in denen Brillen nicht oder deutlich weniger verbreitet waren, galt er als »Blinder«, in heutigen Zeiten ist er das nicht mehr. In beiden Fällen könnte die Einschränkung der individuellen Sehkraft gleich sein; die darauf bezogenen, sozial konstruierten Positionen als »Blinder« oder »Sehender« unterscheiden sich aber fundamental.

Bei erworbenen Merkmalen ist ferner zu beachten, dass auch dann, wenn diese Merkmale durch individuelle Leistungen bzw. durch individuelles Handeln »erworben« werden, dies in einem sozial strukturierten Prozess, zum Beispiel im Schul- oder Ausbildungssystem, geschieht. Bildung kann nur dann zum erworbenen Merkmal werden, wenn es dafür gesellschaftliche Prozeduren des Bildungsnachweises (»Zertifizierung«) gibt (→ Bourdieu). Denn sonst hätten wir keine Möglichkeit, Personen in Bildungsgruppen einzuteilen. Gleiches gilt für die Berufszugehörigkeit. Hier benötigen wir entweder eine Klassifikation von Ausbildungsberufen oder eine Klassifikation von Arbeitsplätzen. Erst wenn mindestens eines von beidem vorhanden ist, können Personen »Berufe erwerben« und ausüben. Ansonsten hätten sie nur einen »Job«, bei dem in jedem Einzelfall detailliert beschrieben werden müsste, was zu tun ist.

Unabhängig davon, ob es sich um sogenannte zugeschriebene oder erworbene Merkmale von Personen handelt, als »Determinanten« sozialer Ungleichheit bezeichnen wir Merkmale von Personen erst dann, wenn es sich um Sozialkategorien handelt, das heißt um Merkmale, die eine Zuweisung zu sozialen Positionen in einer Gesellschaft bewirken. Da beide Typen von Merkmalen durch soziales Handeln (wenn auch nicht immer bewusstes oder absichtsvolles) hergestellt werden, können auch beide vom Menschen durch veränderte Verhaltensweisen, andersartige soziale Beziehungen oder durch sozial wirksame Um- bzw. Neudefinitionen außer Kraft gesetzt werden.

(2) *Dimensionen* sozialer Ungleichheit sind die wichtigsten Arten von Vor- und Nachteilen. Zentrale oder Grunddimensionen stellen Einkommen, materieller Wohlstand, Macht, Prestige und heute auch Bildung dar. Weitere Dimensionen sind Wohnbedingungen, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, Gesundheitsbedingungen und andere zentrale Lebensbedingungen.

Eine Dimension sozialer Ungleichheit kann dabei auch zu einer Determinante für eine andere Ungleichheit werden. So kann soziale Herkunft zu Bildungsungleichheiten (Dimension) führen und diese können dann zur Determinante von Einkommensungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt werden (siehe Tabelle 1). Dies ist allerdings nur für erworbene Merkmale möglich; zugeschriebene Merkmale können nie Dimension sozialer Ungleichheit sein. So kann aus Geschlecht (als De-

terminante) Ungleichheit resultieren, aber Geschlecht selbst ist keine Ungleichheit (Dimension sozialer Ungleichheit); oder Eltern und damit eine soziale Herkunft (als Determinante) hat man mit der Geburt, Eltern selbst können jedoch nicht eine Dimension sozialer Ungleichheit sein. Anders ist es, wenn wir die Ungleichheit in der erreichten bzw. »erworbenen« beruflichen Stellung von Erwachsenen (als Dimension) betrachten, aus der dann – wenn diese Erwachsenen Eltern werden – die soziale Herkunft der nachfolgenden Generation von Kindern (als zugeschriebenes Merkmal) zur Determinante sozialer Ungleichheit wird, wenn aus sozialer Herkunft beispielsweise wiederum Bildungsungleichheiten (Dimension) resultieren.

(3) *Ursachen* sozialer Ungleichheit sind die sozialen Prozesse oder sozialen *Mechanismen*, durch die die Zugehörigkeit zu bestimmten Sozialkategorien in einer Art und Weise sozial relevant wird, dass dies zu Vor- und Nachteilen in anderen Lebensbereichen (Dimensionen) führt. Durch diese Prozesse entstehen also erst soziale Ungleichheiten – und durch sie werden sie reproduziert. Wird der Mechanismus nicht benannt, dann handelt es sich lediglich um Korrelationen zwischen zwei Merkmalen, die auch Schein-Zusammenhänge darstellen könnten.²

Beispiele für Ursachen sozialer Ungleichheit sind Ausbeutungsverhältnisse, soziale Vorurteile oder Diskriminierung. Dies bedeutet, dass Merkmale von Personen (wie Ausbildung, Geschlecht, Alter, Beruf, ethnische Zugehörigkeit) erst dann zu Determinanten sozialer Ungleichheit werden, wenn sie über soziale Mechanismen vermittelt systematisch mit Vor- und Nachteilen (als Dimension sozialer Ungleichheit) verbunden werden.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Es ist nicht an sich mit einem Vorteil verbunden, ein Mann zu sein, oder mit einem Nachteil, eine Frau zu sein. Es bedarf sozialer Prozesse oder Mechanismen, die asymmetrische Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern herstellen. Ein Beispiel für einen solchen Mechanismus ist die sogenannte statistische Diskriminierung. Dass Frauen seltener Führungspositionen einnehmen, ist unter anderem dadurch verursacht, dass sie von Arbeitgebern als weniger zeitlich flexibel angesehen werden. Als Begründung für diese Annahme werden Verpflichtungen in Bezug auf Haushaltsführung und Kindererziehung genannt. Diese Verhaltensannahme wird nun jedoch nicht der individuellen Frau, sondern »den«

2 So zeigt sich beispielsweise in allen westlichen Ländern ein starker Zusammenhang zwischen Körpergröße und Einkommen. Doch handelt es sich dabei wirklich um soziale Ungleichheit in der Dimension Einkommen, basierend auf der Determinante Körpergröße? Was wäre der zugrunde liegende soziale Mechanismus? Wenn man dies genauer untersucht, kommt man schnell zu der Erklärung, dass hinter dieser Korrelation eigentlich die Determinante Geschlecht steckt. Wieso? Frauen sind im Durchschnitt kleiner als Männer und Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer. Wird dies nicht berücksichtigt, dann entsteht daraus die Schlussfolgerung: Kleinere Personen verdienen im Durchschnitt weniger als größere – anstatt: Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer.

Frauen (als Angehörige einer Sozialkategorie) unterstellt – und zwar unabhängig davon, ob sie überhaupt Kinder haben, haben wollen oder bekommen können, und auch unabhängig davon, ob sie nur sich selbst zu versorgen haben (wie ein allein lebender Mann, bei dem eben keine Einschränkungen wegen der Haushaltsführung angenommen werden), oder ob sie einen Mann haben, der beides übernimmt. Von statistischer Diskriminierung wird also allgemein dann gesprochen, wenn Entscheidungen über das einzelne Individuum auf der Grundlage von Verhaltensannahmen bezüglich ganzer sozialer Gruppen getroffen werden. Mit »statistisch« wird angezeigt, dass diese Entscheidungen auf alltäglichen statistischen Verteilungsannahmen (auch im Sinne von Alltags»theorien« oder Erfahrungswissen) zum »typischen« Verhalten der verschiedenen Gruppen basieren. Der Begriff »Diskriminierung« bezeichnet dann die Unterschiede in den (vermeintlichen) Verhaltensweisen sozialer Gruppen.

(4) *Auswirkungen sozialer Ungleichheit* stellen schließlich die Konsequenzen der sozial strukturierten Vor- und Nachteile dar. Es handelt sich dabei um mögliche weitere Ungleichheiten in den Lebensbedingungen (wie beispielsweise soziale Netzwerke, Gesundheitsrisiken), aber auch um soziale Differenzierungen in Mentalitäten, um alltägliche Verhaltensweisen oder »Lebensstile«, die sich aus der jeweils betrachteten Dimension sozialer Ungleichheit ergeben. Ob etwas Dimension oder Auswirkung sozialer Ungleichheit ist, hängt dabei von der jeweiligen Analyseperspektive der Forscherin oder des Forschers ab. So können beispielsweise Einkommensungleichheiten im Fokus einer Analyse stehen (Dimension); sie können aber auch als Konsequenzen (Auswirkungen) von Ungleichheiten im Zugang zu Bildung oder beruflichen Positionen untersucht werden.

Einige Beispiele für die Unterscheidung und den analytischen Zusammenhang der vier Strukturebenen sozialer Ungleichheit sind hier dargestellt (siehe Tabelle 1).

Theorien und Formen sozialer Ungleichheit

Theorien sozialer Ungleichheit definieren – erstens –, zwischen welcher Determinante und Dimension ein Zusammenhang besteht. Essentieller Bestandteil einer Ungleichheitstheorie ist – zweitens – die Bestimmung des jeweils relevanten Mechanismus, durch den soziale Ungleichheit hergestellt wird. Nur wenn beides gegeben ist, liefert die Theorie eine *Erklärung* sozialer Ungleichheit. Ist nur Ersteres gegeben, ist lediglich eine *Beschreibung* von Phänomenen sozialer Ungleichheit möglich. Zur Erfassung des Ausmaßes an sozialer Ungleichheit und ihrer Erklärung bedarf es dann einerseits geeigneter »sozialer Indikatoren« zur Abbildung bzw. Messung der Determinanten wie Dimensionen sozialer Ungleichheit, andererseits sind empirische Spezifizierungen des Wirkungsprozesses erforderlich.

Tab. 1: Beispiele für soziale Ungleichheiten und deren Strukturebenen

Determinante	Beispiele für Mechanismen	Dimension	Auswirkung/en
Zugeschriebene Merkmale			
Geschlecht	Statistische Diskriminierung	Ungleicher Zugang zu Führungspositionen	Einkommensungleichheiten
Klassenlage	Ausbeutung (→ Marx/Engels)	Einkommensungleichheiten	Lebensführung und -stile
Soziale Herkunft	Kulturelles Kapital (→ Bourdieu)	Bildungsungleichheiten	Ungleiche Arbeitslosigkeitsrisiken
Erworbene Merkmale			
Bildungsungleichheiten	Kopplung des Zugangs zu Arbeitsplätzen an Bildungsabschlüsse	Ungleiche Einkommen	Ungleiche Armuts- und Gesundheitsrisiken
Erlerner Beruf	Monopolisierung von Marktsegmenten und -chancen (→ Weber; → Parkin)	Ungleiche Arbeitslosigkeitsrisiken	Ungleiche Armuts- und Gesundheitsrisiken

Bevor wir uns – einführend in die Texte des Readers – mit unterschiedlichen Theorien sozialer Ungleichheit beschäftigen, sei abschließend noch auf zwei unterschiedliche *Formen sozialer Ungleichheit* hingewiesen: Chancen- und Ergebnisungleichheit. Unter *Chancenungleichheit* verstehen wir ungleiche Chancen von sozialen Gruppen beim *Zugang* zu sozialen Positionen oder Handlungsressourcen (zum Beispiel zu Bildungs-, Arbeitsmarkt- oder Einkommenspositionen) aufgrund zugeschriebener Merkmale (wie etwa soziale Herkunft, Geschlecht oder Ethnie).³ Unter *Ergebnis- bzw. Verteilungsungleichheit* verstehen wir hingegen Vor- und

³ Ungleichheiten auf Basis von erworbenen Merkmalen werden nicht als Chancenungleichheiten bezeichnet. Würde der Zugang zu vorteilhaften und nachteiligen Positionen weder durch zugeschriebene noch erworbene Merkmale strukturiert sein, so bliebe nur noch das Lotterieprinzip bzw. der reine Zufall als Erklärung dafür, wer welche Position innehat. Eine Beseitigung von Ungleichheit basierend auf erworbenen Merkmalen setzt daher de facto Ergebnisgleichheit voraus (siehe oben). Das heißt, wenn Bildungsunterschiede nicht mehr zu ungleichen beruflichen Stellungen oder Berufe nicht mehr zu ungleichen Einkommenspositionen führen sollen, dann geht dies nur, wenn diese Positionen nicht mehr ungleich sind.

Nachteile, die sich durch den Besitz wertvoller Güter oder durch den Zugang zu erstrebenswerten Positionen ergeben (zum Beispiel ungleiche Einkommen, Arbeitsbedingungen, Lebensstandards, etc.). Hier geht es also um die ungleiche *Verteilung* von Lebensbedingungen und Handlungsressourcen. Eine wichtige Instanz zur Verringerung von Ergebnisungleichheit in den materiellen Lebensbedingungen sind in modernen Gesellschaften die Systeme der sozialen Sicherung. Durch sie können Ungleichheiten in den Markteinkommen über Umverteilungen von oben nach unten (zum Beispiel durch eine progressive Einkommensbesteuerung oder Transferzahlungen, etwa Kindergeld oder Wohngeld) und damit Ungleichheiten der tatsächlich verfügbaren Haushalts(netto)einkommen und der Lebensbedingungen reduziert werden.

Zentrale theoretische Perspektiven – Einführungen in die klassischen Texte sozialer Ungleichheit

Im Folgenden werden die im Reader versammelten Texte – insbesondere in ihrem gegenseitigen Bezug zueinander – einleitend kurz dargestellt.

Funktionalistische Schichttheorie – Ist soziale Ungleichheit notwendig?

Die ersten drei Texte (Abschnitt I.1) beschäftigen sich mit der funktionalistischen Begründung einer Notwendigkeit sozialer Ungleichheit, die auch heute noch das Denken in modernen Gesellschaften dominiert. Wir alle meinen nämlich fast selbstverständlich Chancengleichheit, wenn wir von Gleichheit reden. So ist in Verfassungen vieler westlicher Gesellschaften (zum Beispiel auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland) nicht die Beseitigung von Ergebnisungleichheit, sondern die Erreichung von Chancengleichheit als Ziel formuliert (→ Solga). Das heißt, es geht um einen »fairen« Wettbewerb (Mechanismus) um gesellschaftlich attraktive und knappe Positionen (Dimension), der nicht durch soziale Herkunft oder andere zugeschriebene Gruppenzugehörigkeiten (Determinanten) beeinflusst werden darf. Mit der Forderung nach Chancengleichheit bei der Bildung wird beispielsweise selten gefordert, dass alle Gesellschaftsmitglieder einen höheren Sekundarschulabschluss erwerben sollten oder deshalb Sonder- oder Hauptschulen abzuschaffen sind. Vielmehr bedeutet diese Forderung nur, dass, wenn es Sonder- und Hauptschulen gibt, diese auch von Akademikerkindern entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil besucht werden sollten. Wäre eine Verringerung von Ergebnisungleichheit in der Bildung das Ziel, dann müsste der Abbau bzw. die Beseitigung

von »Bildungsarmut« (Allmendinger 1999) gefordert werden. Bildungsarmut meint dabei ein Bildungsniveau, das unterhalb des gesellschaftlich notwendigen Standards für eine gleichberechtigte soziale Teilhabe liegt (vgl. Solga und Powell 2006). Und wenn Sonder- und Hauptschule eine Wissensvermittlung auf diesem Niveau nicht (mehr) gewährleisten, dann wären sie im Sinne der Forderung nach Abbau von (Ergebnis-)Ungleichheit abzuschaffen. Warum sind jedoch Forderungen nach Chancengleichheit gegenüber Forderungen nach Ergebnisgleichheit heute (noch) so dominant?

Paradigmatisch ist die Forderung nach Chancengleichheit bei gleichzeitiger – und zwar notwendiger – Aufrechterhaltung von Ergebnisungleichheit in der liberalen Denktradition angesiedelt. In ihrem klassischen Aufsatz begründen → *Kingsley Davis und Wilbert E. Moore* die Notwendigkeit sozialer Ungleichheit mit den Ergebnissen (Belohnungen) für gesellschaftlichen Fortschritt. Ihre zentrale These lautet: Ohne Ergebnisungleichheit gibt es keinen gesellschaftlichen Wohlstand und keinen Fortschritt. Dafür führen sie zwei zentrale Gründe an: (1) Gesellschaften müssen daran interessiert sein, dass die fähigsten Personen bestimmte soziale Positionen einnehmen. Angesichts der Knappheit an geeignetem Personal für »funktional« bedeutsame, für die Gesellschaft wichtige Positionen bedarf es besonderer Anreize, da diese Personen sonst weder bereit wären, in den Erwerb von (zusätzlichen) Qualifikationen für diese Positionen zu investieren, noch sich genügend anstrengen würden, um die positionsspezifischen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Daher müssen Belohnungssysteme (Einkommen, Prestige, Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne) von Gesellschaften immer Ungleichheit erzeugen. Zudem seien (2) ungleiche Belohnungen den sozialen Positionen inhärent, da diese eine unterschiedliche Wichtigkeit für die Gesellschaft besitzen, zugleich Rechte bzw. Pflichten und somit auch Vorrechte definieren. Da nicht alle Personen die gleichen Positionen besetzen können, wird es auch deshalb immer Ergebnisungleichheit geben. Welche Positionen jeweils funktional besonders wichtig sind, und welche Art des Personals knapp ist, variiert dabei – so Davis und Moore – entsprechend des jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsgrades und der vorherrschenden Sozialordnung.

Diese funktionalistische Begründung sozialer Ungleichheit durch Davis und Moore wird von → *Renate Mayntz* kritisch hinterfragt: Genügt sie überhaupt den Anforderungen an eine *funktionalistische* Analyse? In ihrem Beitrag begründen Davis und Moore vor allem die »Funktionalität« vertikaler Differenzierung von Positionen und setzen dabei notwendig den freien Wettbewerb um soziale Positionen voraus. Denn nur dann wäre gewährleistet, dass die jeweils fähigsten Personen auch in »wichtige« Positionen gelangen (können). In dieser Argumentation vernachlässigen sie jedoch – so Mayntz – einen zweiten wichtigen Aspekt sozialer Schichtung, nämlich den der Vererbung, und damit die »Zuschreibung«

von Status über die soziale Herkunft. Diese schränkt allerdings den freien Wettbewerb zumindest ein, wenn sie ihn nicht, wie beispielsweise in Kasten- oder Feudalgesellschaften, sogar ganz verhindert. Von daher sei die Argumentation von → Davis und Moore, wenn überhaupt, nur auf marktwirtschaftliche Gesellschaften anwendbar (→ Solga). Unklar bleibt aber auch dann noch, ob diese vertikale Differenzierung sozialer Positionen überhaupt »funktional«, das heißt positiv, für die Gesellschaft ist. Es können ja auch die »falschen« Positionen in der vertikal differenzierten Bedeutungshierarchie oben stehen, oder Belohnungen bzw. Belohnungshierarchien können nicht »angemessen« sein – beides wäre dann eher »dysfunktional«, weil falsche Anreize gesetzt würden. Zudem wird oft von einer ungleichen Belohnung auf ungleiche Bedeutung geschlossen; insofern werden Ursache und Wirkung vertauscht. Es wäre daher notwendig, Maßstäbe zur Beurteilung von Tätigkeiten unabhängig von ihrer Belohnung und zugleich Kriterien für die Angemessenheit der jeweiligen Belohnungshöhe zu benennen. Beides fehlt – so Mayntz – bei Davis und Moore und ist ohne den Einbezug gesellschaftlicher Wirklichkeit nicht möglich.

In marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften wird die Notwendigkeit von Ergebnisungleichheit mit der Notwendigkeit von Chancengleichheit gekoppelt. Der ökonomische Imperativ des Marktes verlange, dass den »fähigsten« Personen – definiert als besser und entsprechend der Position gebildet – der Zugang zu den höheren Positionen vorbehalten bleibe. Das setze jedoch voraus, dass lediglich die Bildung als Entwicklung von »Begabungen«, und zwar ohne »Ansehen der Person« (im Sinne von sozialer Herkunft, Geschlecht oder anderen zugeschriebenen Merkmalen), Determinante für soziale Ungleichheiten in Einkommen, Prestige und Autorität/Macht (Dimensionen) sein dürfe. Der Zusammenhang zwischen Bildung und eingenommener (ungleicher) Position wird dann über den legitimen Marktmechanismus hergestellt. Gesellschaften, die diesem Ideal folgen, nennt man »Meritokratien« oder Leistungsgesellschaften. → Heike Solga zeigt in kritischer Auseinandersetzung mit dieser funktionalistischen Leistungs»theorie«, dass es sich dabei vor allem um eine Legitimation und weniger um eine Erklärung sozialer Ungleichheit handelt. Vorhandene Ungleichheiten werden heute durch Leistungsunterschiede gerechtfertigt, ohne dass Chancengleichheit wirklich existiert. Zudem zeigt sie, dass selbst bei einer Verwirklichung des meritokratischen Ideals soziale Ungleichheit letztlich nicht auf (erworbenen) »Leistungen«, sondern auf »Begabungsunterschieden« (oder genetischen Unterschieden) und damit wiederum auf einem zugewiesenen Merkmal basieren würde. Insofern ist zu fragen, ob mehr Chancengleichheit und der Abbau von Bildungsungleichheit für eine Verringerung von sozialer Ungleichheit in der Realität ausreichen würden.

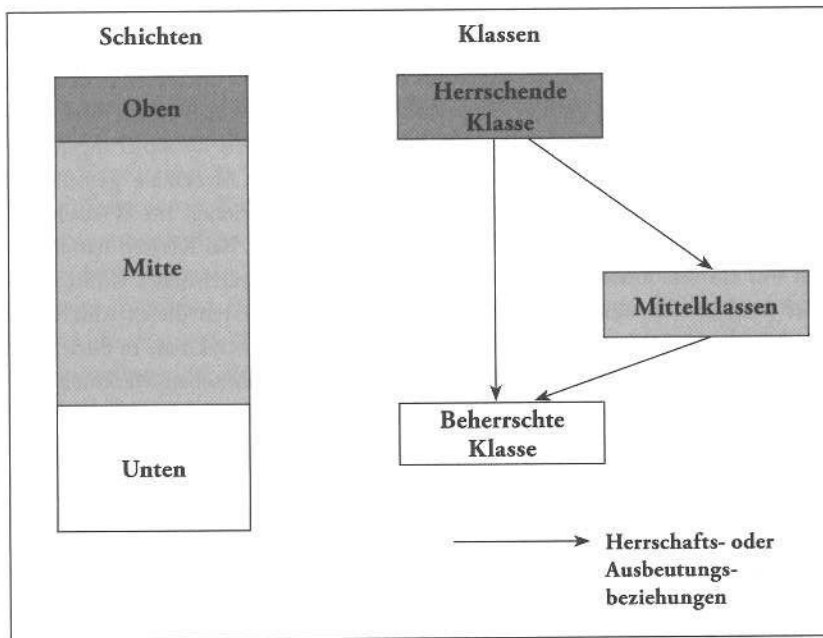
Klassentheorien in der Tradition von Marx und Weber – Kritische Analyse sozialer Ungleichheit

In den anschließenden Texten (Abschnitt I.2) stehen *Klassen* und deren Bedeutung für die Strukturierung sozialer Ungleichheit im Mittelpunkt. Klassen sind – als soziale Positionen oder Kategorien – allgemein formuliert: Gruppierungen von Menschen, deren Angehörige bestimmte ökonomische Merkmale gemeinsam haben. Es sind somit Gruppierungen struktureller Positionen im Wirtschaftssystem, sei es im Produktions- oder Distributionsprozess. Bei Klassen handelt es sich um ein relationales Konzept und nicht um ein hierarchisches Kontinuum (dies wird in den weiteren Ausführungen sowie den Texten dieses Abschnitts deutlich werden). Klassen stehen aufgrund ökonomischer Merkmale in Beziehung zueinander (siehe Abbildung 2). Sie sind über diese ökonomischen Merkmale eindeutig definiert und damit klar voneinander abgrenzbar: Es kann zum Beispiel nur die Klasse der Besitzenden geben, wenn es auch eine besitzlose Klasse gibt; es kann nur eine herrschende Klasse geben, wenn es auch eine beherrschte Klasse gibt, etwa Sklavenhalter und Sklaven, Adel und Fronbauern, Unternehmer und Beschäftigte. Von daher gibt es immer mindestens zwei Klassen, wenn von Klassengesellschaft die Rede sein soll.

Im Unterschied dazu versteht man unter einer *Schicht* eine Gruppe von Menschen, die durch gleiche oder ähnliche Ausprägungen in einem oder mehreren »Schicht«-definierenden Merkmalen (wie Einkommen, Bildung, Prestige) gekennzeichnet sind. Schichten können, müssen aber nicht ökonomisch definiert sein. Es gibt beispielsweise Einkommens-, aber auch Bildungsschichten. Schichten definieren eine hierarchische Gliederung der Gesellschaft nach bestimmten Merkmalen, etwa höhere und niedrige Einkommensgruppen, prestigereichere und ärmere Gruppen, bildungsnahe und bildungsferne Schichten (siehe Abbildung 2). Hier sind die Grenzen eher fließend, graduell, so dass zum Beispiel ein Euro mehr im Einkommen bereits den Übergang von einer Einkommensschicht in die nächst höhere Schicht bedeuten kann. Es wird kein Kausalzusammenhang (keine Relation) in dem Sinne unterstellt, dass die eine Gruppe von Menschen einer höheren Schicht angehört (zum Beispiel als »ausbeutende« reicher ist), weil eine andere Gruppe von Menschen einer unteren Schicht angehört (zum Beispiel als »ausgebeutete« ärmer ist).

In den Reader wurden keine Texte zu Schichtkonzepten aufgenommen, da diese zumeist mehr beschreibender als erklärender Natur sind, das heißt keine Ursachendefinition beinhalten (→ Dahrendorf). Schichtkonzepte benennen zwar den Zusammenhang zwischen Schicht als Determinante sozialer Ungleichheit und unterschiedlichen Dimensionen, zumeist fehlt jedoch die Spezifizierung eines Mechanismus, der diesen Zusammenhang herstellt. Im Unterschied dazu zeichnen

Abb. 2: Unterschied zwischen Klassen und Schichten



sich *Klassentheorien* gerade dadurch aus, dass sie nicht nur mit Klassen die Determinante sozialer Ungleichheit benennen, sondern zugleich – wenn auch je nach Theorie unterschiedlich – einen Mechanismus angeben, durch den aus der Klassenzugehörigkeit eine ungleiche Verteilung in unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit folgt.

Die oben genannte Klassendefinition ist die allgemeinste – sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner. Es gibt sehr unterschiedliche Klassentheorien. Zentraler Unterschied dieser Theorien ist der jeweils benannte Mechanismus sozialer Ungleichheit, aus dem dann auch Unterschiede in den Definitionsmerkmalen von Klassen sowie Unterschiede in den Dimensionen resultieren. Es gibt zwei zentrale Traditionen von Klassentheorien: Die marxistische Perspektive, begründet durch Karl Marx (1818–1883) – in Zusammenarbeit mit Friedrich Engels (1820–1895) –, und die weberianische Perspektive, zurückgehend auf Max Weber (1864–1920) und seine Auseinandersetzung mit Marx. Für *marxistische Klassentheorien* ist zentral, dass sie das Definitionskriterium für Klassen in der Eigentumsordnung an Produktionsmitteln und der dadurch strukturell bedingten Stellung von Personengruppen im Produktionsprozess sehen. Zentraler Mechanismus der Ungleichheitsproduktion ist die Ausbeutung. Im Unter-

schied dazu definieren *weberianische Klassentheorien* Klassen zunächst durch ihre Stellung im Distributionsprozess, nämlich als Positionen auf dem Markt: »Erwerbsklasse soll eine Klasse insoweit heißen, als die Chancen der Marktverwertung von Gütern oder Leistungen die Klassenlage primär bestimmen« (→ Weber, S. 127). Deutlich wird damit ein weiterer Unterschied: Während nach Weber eine Strukturierung sozialer Ungleichheit nach Klassen nur in Marktwirtschaften vorhanden ist (»Es sind nach dieser Terminologie eindeutig ökonomische Interessen, und zwar an die Existenz des >Markts< gebundene, welche die >Klassen< schaffen«; → Weber, S. 134 f.), wird Ungleichheit in der marxistischen Tradition in jeder Gesellschaft, in der es privaten Besitz an Produktionsmitteln gibt, entlang von Klassen strukturiert: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen« (→ Marx/Engels, S. 75).

Beginnen wir mit einer kurzen Einführung zu den Texten des Readers, die dem marxistischen Klassenparadigma angehören. Im »Kommunistischen Manifest« (erstveröffentlicht 1848) definieren → *Karl Marx und Friedrich Engels* ihr analytisches Klassenmodell. Anliegen ist hier nicht, eine Beschreibung der Gesellschaft ihrer Zeit – oder vergangener Zeiten – sowie der Entstehungsprozesse bestimmter Klassen zu liefern. Diese nimmt zum Beispiel Marx im 18. *Brumaire des Louis Bonaparte* (1852) vor. Ihr Ziel ist es hier vielmehr, allgemeine Gesetze der Entwicklung von Gesellschaften zu bestimmen. Als zentrales Gesetz gesellschaftlicher Entwicklung sehen sie revolutionäre Umwälzungen aufgrund von Konflikten zwischen sogenannten antagonistischen Klassen. Klassenantagonismus bezeichnet dabei einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen Klassen, der nur durch eine Auf- bzw. Ablösung der jeweils bestehenden Gesellschaftsformation »gelöst« werden kann. Von daher entwickeln sie – als Abstraktion von der Realität – ein dichotomes Zwei-Klassenmodell, bei dem die beiden Hauptklassen einer Gesellschaftsformation über den Ausbeutungsmechanismus in einer antagonistischen Beziehung zueinander stehen. Die ausbeutende Klasse – in welcher Gesellschaftsformation auch immer – hat aufgrund ihres Besitzes an Produktionsmitteln die Möglichkeit, sich auf Kosten der ausgebeuteten Klasse einen Teil des erwirtschafteten Mehrwerts anzueignen. Ausgebeutete und ausbeutende Klassen bedingen sich dabei (d. h., sie sind *relational*), denn der Besitz an Produktionsmitteln erbringt nur dann einen (Mehr-)Wert, wenn diese auch produktiv durch Arbeitskräfte zum Einsatz gebracht werden; umgekehrt können die Besitzlosen nur dann überleben, wenn ihnen Produktionsmittel für die Verausgabung ihrer Arbeitskraft zur Verfügung gestellt werden. Ausbeutung ist dabei zunächst kein moralischer, sondern ein ökonomischer bzw. struktureller Begriff. Die drei wesentlichen *Definitionskriterien für Ausbeutung* sind (→ Wright):

- (1) Die materielle Wohlfahrt der einen Klasse hängt kausal von der materiellen Benachteiligung der anderen Klasse ab.
- (2) Diese Kausalität ist durch den asymmetrischen Ausschluss der ausgebeuteten Klasse von bestimmten Produktionsressourcen verursacht.
- (3) Dieser Ausschluss erlaubt die Aneignung von Arbeit der Ausgebeuteten durch die Ausbeutenden. Vereinfacht gesagt: Die ausgebeutete Klasse würde ohne die ausbeutende Klasse besser dastehen.

Aus dieser strukturell ungleichen ökonomischen Klassenlage folgt dann nach Marx und Engels deterministisch – zwangsläufig – die Ableitung sozial ähnlicher Lebenslagen und Verhaltensweisen von Klassen sowie ungleicher und antagonistischer Klasseninteressen (Profitmaximierung versus Befreiung aus dem Ausbeutungsverhältnis). Aus der objektiv bestimmbareren »Klasse an sich« (als Zusammenfassung von Menschen mit gleicher Stellung im Produktionsprozess) wird mit Zuspitzung des Klassenantagonismus auch die subjektiv wahrgenommene »Klasse für sich« (als eine sich bewusst für ihre gemeinsamen Interessen einsetzende Klasse). Diese Zuspitzung sei insbesondere durch eine zunehmende Verelendung der ausgebeuteten Klasse – das heißt ihren immer deutlicheren Ausschluss vom erwirtschafteten Reichtum – verursacht. Ferner behandelte Marx die Mittelklassen (wie das Beamtentum, das Kleinbürgertum und andere) als Übergangsklassen. Ihm zufolge würden sie wegen des Profitstrebens im für ihn unvermeidlichen Prozess der Kapitalkonzentration entweder in die ausbeutende, besitzende Klasse aufsteigen oder aber – früher oder später – in die ausgebeutete, besitzlose Klasse absteigen. Insofern würde spätestens in revolutionären Zeiten sehr wohl das Zweiklassenmodell Wirklichkeit werden.

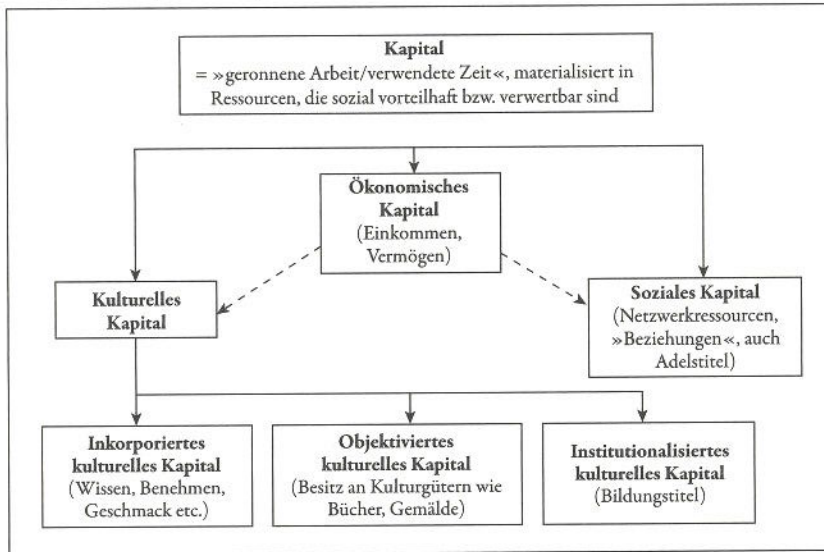
An dem Zweiklassenmodell, der deterministischen Ableitung von Klassenlage und Verhaltensweisen sowie der subjektiven Bewusstwerdung der Klassenzugehörigkeit im Zuge einer von Marx prognostizierten »Verelendung« wurde häufig Kritik geübt – unter anderem auch von Max Weber (siehe unten). Auch innerhalb des marxistischen Paradigmas wurden die Schwierigkeiten des Marx'schen Klassenmodells erkannt, und die Klassentheorie wurde als sogenannte *neomarxistische Theorie* weiterentwickelt. *Neo* steht dabei für die Einsicht, dass die ökonomische Stellung nicht allein durch die Stellung zu den Produktionsmitteln bestimmt ist; *marxistisch* sind sie, da ökonomische Verhältnisse weiterhin als entscheidende Determinanten angesehen werden und das Ausbeutungsverhältnis den zentralen Ungleichheitsgenerierenden Mechanismus darstellt. Nicht alle »Lösungs«ansätze innerhalb des neomarxistischen Paradigmas konnten in den Reader aufgenommen werden. Wir haben für den Reader zwei zentrale Ansätze ausgewählt, die in der Sozialstrukturanalyse besonders verbreitet sind: das Konzept von → Wright und das von → Bourdieu.

Das Klassenkonzept des amerikanischen Soziologen → *Erik Olin Wright* reagiert auf das Problem, dass *Mittelklassen* weder in revolutionären Zeiten früherer Gesellschaftsepochen noch heute »verschwunden«, sondern integraler Bestandteil kapitalistischer Gesellschaften geblieben sind. Grundlage seiner Klassendefinition sind Eigentumsrechte. Neben (a) dem physischen Besitz von Produktionsmitteln gibt es weitere privilegierende Eigentumsrechte – nämlich (b) den Besitz an Organisationsrechten (die de facto eine Entscheidung über die Verwendung von Produktionsmitteln erlauben) sowie (c) Eigentumsrechte basierend auf bestimmten Fähigkeiten bzw. (knappen) Qualifikationen – und dem gegenüber steht jene Klasse, die nur ihre eigene Arbeitskraft besitzt. Aus diesen Eigentumsrechten leitet er *reine* und *widersprüchliche Klassenlagen* ab – definiert über die damit begründeten Ausbeutungsverhältnisse: Reine Klassenlagen sind eindeutig durch den Besitz oder Nicht-Besitz an Produktionsmitteln bestimmt, während widersprüchliche Klassenlagen eine widersprüchliche Stellung innerhalb des Ausbeutungsverhältnisses – nämlich ausbeutend und zugleich ausgebeutet – einnehmen. Im empirischen Teil seines Aufsatzes versucht Wright dann zu zeigen, dass diese Stellung im Produktionsprozess einerseits mit ungleichen Einkommenslagen (als Dimension sozialer Ungleichheit) einhergeht und andererseits auch mit unterschiedlichen »Klasseneinstellungen« – als Indikator für Klasseninteressen – verbunden ist.

Die Klassentheorie des französischen Soziologen → *Pierre Bourdieu* widmet sich einem anderen Problem der (marxistischen) Klassentheorie, nämlich dem Zusammenhang von objektiver Klassenlage und alltäglicher Lebensführung. Er erweitert den bei → Marx/Engels wie auch → Wright ausschließlich ökonomisch definierten Kapitalbegriff, indem er weitere Kapitalsorten einbezieht (siehe Abbildung 3).

Kapital ist dabei – entsprechend der marxistischen Lehre – »akkumulierte Arbeit« (→ Bourdieu, S. 111), und das ökonomische Kapital ist die grundlegende Ressource für die Aneignung der anderen Kapitalsorten. So benötigt die Akkumulation von kulturellem Kapital unter anderem *Lebenszeit* für Bildung, die – wenn gesellschaftlich keine anderen materiellen Ressourcen für den Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt werden – über das ökonomische Kapital der Herkunftsfamilie oder das eigene ökonomische Kapital ermöglicht bzw. finanziert werden muss. Der Aufbau sowie das Aufrechterhalten von nützlichen Netzwerken (soziales Kapital) benötigen gleichfalls Zeit und materielle Ressourcen – denn »die universelle Wertgrundlage, das Maß aller Äquivalenzen, ist dabei nichts anderes als die *Arbeitszeit* im weitesten Sinne des Wortes. Das durch alle Kapitalumwandlungen hindurch wirkende *Prinzip der Erhaltung sozialer Energie* läßt sich verifizieren, wenn man für jeden gegebenen Fall sowohl die in Form von Kapital akkumulierte Arbeit als auch die Arbeit in Rechnung stellt, die für die Umwandlung von einer Kapitalart in eine andere notwendig ist« (→ Bourdieu, S. 123). Und entsprechend dieses Prinzips

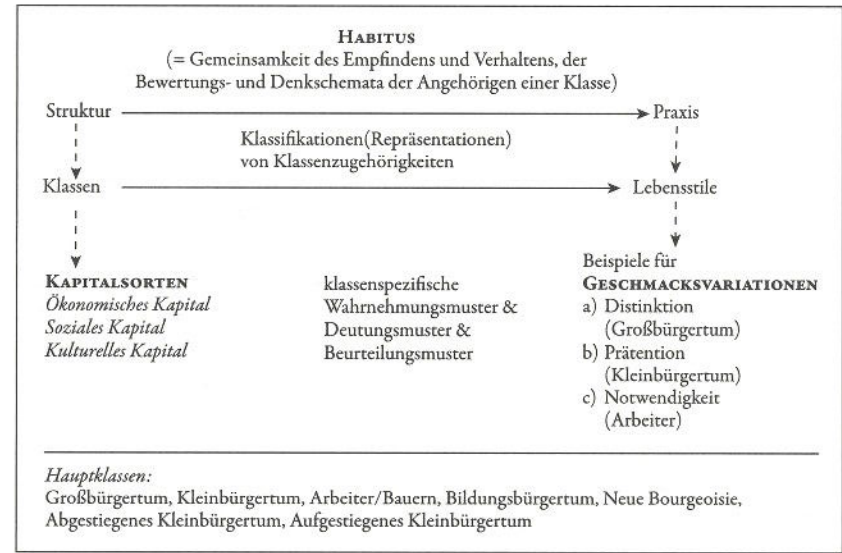
Abb. 3: Das Kapitalkonzept von Bourdieu



der Erhaltung der Energie besitzt dann letztlich auch die eine Klasse mehr Kapital (unterschiedlichster Art) auf Kosten einer anderen Klasse (sprich aufgrund von Ausbeutung).

Basierend auf diesen Kapitalsorten ergibt sich für Bourdieu ein »sozialer Raum«, in dem Klassenlagen nicht nur nach dem Kapitalvolumen (viel oder wenig an ökonomischem oder kulturellem Kapital), sondern auch nach der Kapitalstruktur (Verhältnis des kulturellen zum ökonomischen Kapital) bestimmt sind: das Großbürgertum (mit einer hohen Kapitalausstattung aller Sorten), das Kleinbürgertum (das vor allem eine mittlere Ausstattung an ökonomischen und kulturellem Kapital besitzt), das Bildungsbürgertum (bei dem insbesondere ein hoher Besitz an kulturellem Kapital vorhanden ist), die sogenannte neue Bourgeoisie, die »Neureichen« (mit viel ökonomischem Kapital, aber vergleichsweise wenig kulturellem Kapital), das abgestiegene sowie das aufgestiegene Kleinbürgertum (die sich durch einen Verlust oder Gewinn an ökonomischem und kulturellem Kapital auszeichnen) und schließlich die Arbeiter und Bauern (die in allen Kapitalsorten auf eine vergleichsweise geringe Ausstattung zurückgreifen können). Innerhalb dieser Hauptklassen gibt es – über die weitere Abstufung der Höhe des Besitzes der unterschiedlichen Kapitalsorten – »Klassenfraktionierungen«. Klassenlagen werden jedoch für Bourdieu nur dann sozial relevant, wenn sie durch die alltägliche Praxis, das Alltagshandeln von Menschen »Leben« erhalten. Nur wenn sich die sozialen Distanzen zwischen sozialen Positionen im sozialen Raum (Klas-

Abb. 4: Die Klassentheorie von Bourdieu



senstruktur) auch in Unterschieden in der Lebensführung (im Geschmack, den Sichtweisen auf die »Welt«) sowie in einer Praxis der Erzeugung und Bewertung von Unterschieden (»Distinktionen«) niederschlagen, erhalten Klassenlagen eine soziale Wirklichkeit. Die Vermittlung bzw. Übersetzung von Klassenlagen in eine klassenspezifische (quasi-ständische) Lebensführung erfolgt – gemäß seiner Theorie – über die Ausbildung eines klassenspezifischen Habitus, der in der Sozialisation erworben wird (siehe Abbildung 4; vgl. auch → Vester). Klassenlage, Lebenspraxis und Habitus werden in einem intergenerationalen Reproduktionsprozess von den Eltern an die Kinder (das heißt, von einer Generation an die nächste Generation) weitergegeben und die Klassenstruktur in der alltäglichen Praxis sowohl »verschleiert« als auch reproduziert (siehe dazu ausführlicher Bourdieu 1982).

Zusammenfassend ist festzuhalten: (Neo-)Marxistische Klassentheorien zeichnen sich dadurch aus, dass die Klassenlage die objektive Grundlage der gesamten Lebensführung ist, dass Klassen in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen und der Mechanismus der Entstehung sozialer Ungleichheit in der gesellschaftlichen Organisation der Produktion liegt. Mit dieser Verortung im Produktionsprozess sind die Determinanten sozialer Ungleichheit letztlich ökonomischer Natur (dies wird in der Fachliteratur auch als »erwerbszentriert« bezeichnet). Zu ergänzen ist, dass – wie wir beispielsweise beim intergenerationalen Reproduktionsprozess bei Bourdieu gesehen haben – Klassenkonzepte

nicht individuenbezogen sind, sondern sich auf den gesamten Haushalt beziehen. Das heißt, die Mitglieder einer Familie gehören einer gemeinsamen Klassenlage an (sie müssen es, da sie sonst eine unterschiedliche Lebensführung praktizieren müssten).

Kommen wir zurück zu → *Max Weber*, der in der Auseinandersetzung mit dem Marx'schen Klassenmodell nicht den Weg der Weiterentwicklung gegangen ist, sondern ein neues Klassenkonzept eingeführt hat. Ausgangspunkt seiner Kritik ist, dass weder die Verschärfung des Klassenkonflikts noch eine Verelendung oder das »Verschwinden« der Mittelklassen beobachtbar seien. Zudem gäbe es eine klare Trennung zwischen Klassenlage und Lebensführung, wobei Letztere nicht einfach ökonomisch bestimmt sei. Wichtig für das Verständnis seines Umgangs mit Marx (→ Marx/Engels) sowie für die Klassenkonzeption von Weber ist dabei, dass er vor allem erklären möchte, wie Gesellschaften als Klassengesellschaften funktionieren und wie Klassenbildung erfolgt – in unserem Kontext: wie Ungleichheit reproduziert wird –, während Marx eher daran interessiert war, wie und warum Gesellschaften sich verändern – in unserem Kontext also: wie man soziale Ungleichheit verändern kann. Während Marx' Antwort darauf war: nur durch revolutionäre Veränderungen der Produktionsverhältnisse, lautet Webers Antwort: durch Reformen in der Marktgesellschaft. Dabei ist einschränkend zugleich hervorzuheben, dass es bei Weber Klassen im engeren Sinne – er spricht daher auch von »Erwerbsklassen« (siehe unten) – nur in Marktgesellschaften gibt, denn andere bzw. frühere Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsordnungen sind für ihn durch *Stände* strukturiert: »Im Gegensatz zur rein ökonomisch bestimmten ›Klassenlage‹ wollen wir als ›ständische‹ Lage bezeichnen jede typische Komponente des Lebensschicksals von Menschen, welche durch eine spezifische, positive oder negative, soziale Einschätzung der Ehre bedingt ist, die sich an irgendeine gemeinsame Eigenschaft vieler knüpft« (→ Weber, S. 136). Zudem können Stände – neben Klassen – als zweite Determinante sozialer Ungleichheit auch in Marktgesellschaften (weiter-)existieren. Im Text von → *Reinhard Kreckel* ist hierzu eine für das Verständnis der Unterschiede von Marx und Weber sehr hilfreiche Darstellung zu finden.

Was sind nun Klassen bei Weber? Er unterscheidet drei Typen von Klassen: Besitz-, Erwerbs- und soziale Klassen. Während Besitz- und Erwerbsklassen die *objektiven* Klassenlagen (quasi »Klassenlagen an sich«) definieren, bezeichnet Weber mit sozialen Klassen eher die »Klassen für sich«. Erstere sind – wie bei Marx – durch ökonomische Merkmale gekennzeichnet, soziale Klassen hingegen dadurch, dass sie wenigstens in Ansätzen soziale Gemeinschaften der Zugehörigkeit und der Nichtzugehörigkeit (des Ein- und Ausschlusses) darstellen. In Webers Worten heißt das: »Klasse soll jede in einer gleichen Klassenlage befindliche Gruppe von Menschen heißen. a) *Besitzklasse* soll eine Klasse insoweit

heißten, als Besitzunterschiede die Klassenlage primär bestimmen. b) *Erwerbsklasse* soll eine Klasse insoweit heißen, als die Chancen der Marktverwertung von Gütern oder Leistungen die Klassenlage primär bestimmen. c) *Soziale Klasse* soll die Gesamtheit derjenigen Klassenlagen heißen, zwischen denen ein Wechsel α . persönlich, β . in der Generationenfolge leicht möglich ist und typisch stattzufinden pflegt« (→ Weber, S. 127). Besitz- und Erwerbsklassen (als Determinanten) führen über die gesellschaftliche Arbeitsteilung und den Marktwettbewerb (Mechanismus) zu ungleichen Markteinkommen (Dimension). Da nur die Markteinkommen als Dimension behandelt werden, können die Lebenschancen in anderen Dimensionen innerhalb der Besitz- und Erwerbsklassen durchaus verschieden sein. Soziale Klassen (Determinante) sind hingegen über den Mechanismus der sozialen Schließung (→ Parkin) – basierend auf Herrschaftsverhältnissen – mit Ungleichheiten in der Lebensführung verbunden. Nur wenn Besitz- und Erwerbsklassen zu sozialen Klassen werden, können sie Klassensubjekte mit Klasseninteressen, also kollektive Akteure werden. Besitz- und Erwerbsklassen müssen aber nicht zwangsläufig soziale Klassen werden, und die Anzahl der Besitz- und Erwerbsklassen muss damit nicht der Anzahl vorhandener sozialer Klassen entsprechen. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zum ökonomischen Determinismus (neo)marxistischer Klassentheorien. Wenn zwischen zwei oder mehreren Erwerbsklassen beispielsweise ein Wechsel leicht möglich ist (zum Beispiel zwischen Facharbeitern und mittleren Angestellten), das heißt, hier keine Zugangsbeschränkungen oder Mobilitätsbarrieren existieren, aber der Zugang für Mitglieder anderer Besitz- oder Erwerbsklassen (wie etwa Bauern) eher unwahrscheinlich oder gar nicht möglich ist, dann bilden Erstere – in Abgrenzung zu Letzteren – gemeinsam eine soziale Klasse.

Die gemeinsamen Untersuchungen zu sozialer Mobilität des schwedischen Soziologen → *Robert Erikson* und des britischen Soziologen *John H. Goldthorpe* setzen genau hier an. Sie definieren Besitz- und Erwerbsklassen über den Besitz an Produktionsmitteln (Besitzklassen) und die Art der Beschäftigungsverhältnisse (Erwerbsklassen) und gelangen so zu dem in der international vergleichenden Klassenstruktur- und Mobilitätsforschung besonders verbreiteten, sogenannten »Erikson-Goldthorpe-Portocarero-Schema« (EGP-Klassenschema). Der Text von → *Hildegard Brauns, Susanne Steinmann und Dietmar Haun* liefert eine kurze deutschsprachige Darstellung dieses Klassenschemas. In internationalen und historischen Vergleichen untersuchen → Erikson und Goldthorpe, ob zwischen diesen Klassen soziale Mobilität oder Immobilität besteht. Sie fragen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass Kinder sich als Erwachsene in der gleichen Besitz- oder Erwerbsklasse befinden wie ihre Eltern. Wenig Mobilität – also eine geringe Wahrscheinlichkeit für einen Klassenwechsel – spricht dafür, dass diese Besitz- oder Erwerbsklassen auch soziale Klassen darstellen; eine hohe Wahrscheinlichkeit des

Wechsels hingegen bedeutet, dass sich keine klaren sozialen Klassengrenzen ausbilden. Wenig soziale Mobilität wird dabei zugleich als Indikator für die relative Stabilität der Zugehörigkeit zu Klassenlagen (über die Generationen hinweg) begriffen – eine Stabilität, die eine Ausprägung gemeinsamer sozialer Verhaltens- und Denkweisen im Sinne der sozialen Klassen von → Max Weber oder eines »Klassenhabitus« im Sinne von → Pierre Bourdieu begünstigt. Das heißt, je offener eine Gesellschaft ist – sprich: Je mehr Mobilität zwischen Besitz- und Erwerbsklassen möglich ist –, desto weniger geschlossene bzw. homogene soziale Klassen gibt es und desto unwahrscheinlicher ist es, dass sich manifeste Klasseninteressen etablieren und organisieren. Umgekehrt, je geschlossener oder immobilere eine Gesellschaft ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich ein Klassenbewusstsein herausbildet und Klasseninteressen sich organisieren. Die Analysen von → Erikson und Goldthorpe zeigen, dass es aufgrund wirtschaftsstruktureller Veränderungen, einhergehend mit einem anteilmäßigen Schrumpfen oder Wachsen von Besitz- und Erwerbsklassenlagen, durchaus Mobilität geben kann. Beispielsweise kann es sein, dass eine bestimmte Anzahl von Bauernkindern selbst nicht mehr Bauer werden kann, weil die Erwerbsklasse der Bauern inzwischen aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung geschrumpft ist. Diese gewissermaßen von außen erzwungene Mobilität wird in *absoluten* Mobilitätsraten abgebildet. Sie sind der prozentuale Anteil der Kindergeneration, die nicht mehr die gleiche Klassenlage innehaben wie ihre Eltern. Für die Frage nach sozialen Klassen sind hingegen die *relativen* Mobilitätsraten interessant (vgl. Berger 2001), weil sie ausdrücken, ob – bei gleicher Verteilung der Klassenlagen in der Eltern- und Kindergeneration – eine Mobilität zwischen Klassen leicht und auch typischerweise stattfindet. Sie berechnen sich als die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit Eltern der Klasse X selbst der Klasse X und nicht einer anderen Klasse angehören, im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit Eltern der Klasse Y ebenfalls der Klasse X angehören und nicht einer anderen Klasse. Eine offene Gesellschaft wäre also dann gegeben, wenn Kinder der Herkunftsklasse X und Y die gleiche Chance haben, als Erwachsene der Klasse X anzugehören (oder wenn es keine Klassen mehr gäbe). Dies verdeutlicht zugleich, dass sich auch im weberianischen Klassenparadigma Klassen nicht auf Individuen, sondern auf Familien bzw. Haushalte beziehen.

Dem Mechanismus der sozialen Schließung widmet sich der Text des britischen Soziologen → Frank Parkin. Im Unterschied zur Arbeitsteilung oder Ausbeutung, die gerade einen Einschluss bzw. eine Teilhabe der beherrschten oder ausgebeuteten Klassen im wirtschaftlichen Prozess beinhalten, bezieht sich *soziale Schließung* auf Praktiken, die privilegierte Klassen verwenden, um andere Klassen am Zugang zu sozialen Positionen und Privilegien zu hindern (zum Beispiel über Monopolisierung von Bildungszertifikaten, → Parkin, S. 160 f.). Ausgeschlossene Klassen haben dann, sofern sie sich als soziale Klassen organisieren, nur über solidarisches

Verhalten die Möglichkeit, diesen Schließungstendenzen privilegierter Klassen entgegenzuwirken. Darüber hinaus führt Parkin die Unterscheidung zwischen Normierungs- und Reproduktionsklassen ein. Erstere sind Gruppenzugehörigkeiten aufgrund erworbener Merkmale, die er als »individuelle«, nicht durch die Geburt gegebene Eigenschaften bezeichnet (wie etwa berufliche Stellung, Elitepositionen); letztere hingegen basieren auf zugeschriebenen Merkmalen, die für ihn sogenannte »Gruppenmerkmale«, wie Abstammung, Hautfarbe, Religion, Sprache und Ähnliches darstellen. Im Vokabular Max Webers entsprechen Normierungsklassen den »Besitz- und Erwerbsklassen« und Reproduktionsklassen den »Ständen«. Inwiefern beide mit dem Ausschluss von sozialen Ressourcen und unterschiedlichen Lebenschancen oder sozialen Klassenzugehörigkeiten einhergehen, ist auch für Parkin eine empirische Frage, die von der Wirksamkeit der jeweils praktizierten Schließungstendenzen abhängt.

Leben wir noch in einer Klassengesellschaft?

Klassenkonzepte (neo)marxistischer wie weberianischer Provenienz, aber auch Schichtkonzepte sind in Deutschland durch → Helmut Schelsky in den 1950er Jahren und – nach der 2. Rezession der Nachkriegszeit von 1972/73 bis Anfang der 1980er – seit Mitte der 1980er insbesondere durch → Ulrich Beck massiv kritisiert worden. Zu dieser Debatte gibt es wichtige Texte in *Abschnitt II* des Readers. Hauptthese dieser Soziologen ist, dass sich Klassen und Schichten auflösen (→ Schelsky) oder dass sie keine zentralen Determinanten sozialer Ungleichheit mehr beschreiben (→ Beck), da die breite Masse der Gesellschaft einen Lebensstandard auf Mittelklassenniveau erreicht hätte, so dass Leitbilder und das soziale Selbstverständnis zwar noch unterschiedlich und vielfältig, jedoch nicht mehr an Klassen- oder Schichtungleichheiten ausgerichtet seien. Klassen und Schichten seien daher auch keine erlebbaren Einheiten mehr. Verursacht würde dies vor allem dadurch, dass neben dem gestiegenen Massenwohlstand auch die soziale Mobilität zugenommen habe – ein Sachverhalt, für den Beck (1986: 122) die Metapher des »Fahrstuhl-Effekts« verwendet (dem gemäß die gesamte Klassenstruktur eine Etage nach oben gefahren sei). In diesem Zusammenhang spricht → Schelsky (S. 202) von der »nivellierten Mittelstandgesellschaft« und → Beck von einer zunehmenden Individualisierung »jenseits von Stand und Klasse(?)« (so der Titel seines Beitrags, der einige Zeit später dann ohne das Fragezeichen erneut erschien ist; vgl. Beck 1986).

Während → Ralf Dahrendorf die kritische Auseinandersetzung mit → Schelsky führt, argumentieren → Rainer Geißler und → John Goldthorpe vor allem gegen Beck. Ausgangspunkt der Kritik von Ralf Dahrendorf ist die unscharfe Verwendung der Begrifflichkeiten Klasse und Schicht. Mit begrifflicher Unschärfe

ist notwendigerweise immer auch eine unzureichende Kennzeichnung dessen verbunden, was mit diesen Begriffen bezeichnet werden soll und welche – theoretisch unterfütterten – Hypothesen als »Anleitung« empirischer Untersuchungen daraus abgeleitet werden können. In den Ausführungen von Dahrendorf wird deutlich, dass sich die »Schichtung« (als Gesellschaftsbeschreibung) durchaus verändert haben kann, der Anstieg oder die Angleichung von Einkommen jedoch zum Beispiel noch keinerlei Auskunft darüber gibt, ob und welche Klassenkonflikte (eine der zentralen Fragestellungen von Klassentheorien) bestehen, oder ob etwa soziale Mobilität wirklich uneingeschränkt möglich ist. Wir mögen beispielsweise in einer immer weniger durch Einkommens- und Prestigeunterschiede geprägten Gesellschaft leben, aber dass wir auch in einer klassenlosen Gesellschaft leben, ist damit weder strukturell (objektiv) noch hinsichtlich verteilungspolitischer Spannungs- oder Konfliktlinien belegt, sondern eine empirisch offene Frage (→ Dahrendorf, S. 218; vgl. auch → Berger).

In seiner Auseinandersetzung mit Beck untersucht daher → Rainer Geißler mit Hilfe von Sekundäranalysen beispielsweise, ob und inwieweit Klassenlagen immer noch »vererbt« werden, das heißt – in Anlehnung an Weber – wie mobil oder *offen* die deutsche Gesellschaft wirklich ist. Als Indikator dafür dienen ihm die Bildungschancen. Weiter fragt er danach, ob Konfliktlinien – wie von Beck angenommen – wirklich nicht mehr entlang von Klassengrenzen verlaufen. Als Indikator verwendet er hier politische Teilhabechancen (wie beispielsweise Parteimitgliedschaft und die Sozialstruktur der Parlamentarier), die Auskunft darüber geben sollen, wessen Interessen in und über Politik vertreten werden. In seinem Beitrag trägt er vielfältige empirische Befunde dafür zusammen, dass die Klassenlage wichtige Barrieren in diesen Chancenstrukturen setzt, bei ihm in Anlehnung an Theodor Geiger (1932) als »Schicht« bezeichnet, jedoch, da auf der beruflichen Stellung und damit Beschäftigungsverhältnissen beruhend, eigentlich der Weber'schen Definition von Erwerbsklassen folgt.

Die Kritik von → John H. Goldthorpe richtet sich gegen »Globalisierungstheorien« (darunter auch Beck) und die darin ebenfalls häufig vertretene These, dass soziale Klassen keine alltagsweltlich erfahrbaren Einheiten mehr seien, unter anderem auch weil die Vererbung der Klassenzugehörigkeit von den Eltern auf die Kinder abnehme und die Unsicherheit in allen Gesellschaftsgruppen zunähme (siehe dazu auch die sehr gute Darstellung des Erklärungsziels von Untersuchungen sozialer Mobilität bei → Goldthorpe, S. 256 f. und 260). Im Zusammenspiel von Theorie und Empirie präsentiert er zahlreiche Befunde, die gegen die von zahlreichen Globalisierungskritikern behauptete schwindende Relevanz von *nationalen* Klassenlagen in einer »globalisierten« Welt sprechen. Das heißt, er setzt sich mit der These auseinander, dass angesichts zunehmender weltweiter ökonomischer Verflechtungen soziale Ungleichheit nicht mehr als nationales bzw. national ver-

ursachtes Phänomen begreifbar sei und zudem der Nationalstaat immer weniger regulierend eingreifen könne. Stattdessen zeigt er, dass solche Behauptungen zu meist theoretisch und empirisch nicht ausreichend fundiert sind.

Im Unterschied zu den gerade behandelten Texten richtet sich die Kritik von → Cornelia Klinger nicht gegen die These einer »Auflösung von Klasse und Schicht«. Ihre Kritik an Klassentheorien kommt vielmehr aus der Geschlechterforschung und thematisiert insbesondere die »Geschlechterblindheit« von Klassenkonzepten, da sie zum einen nur den produktiven Bereich berücksichtigen, Arbeiten im Reproduktionsbereich (zum Beispiel in der Familie) jedoch außen vor lassen. Zum anderen kritisiert sie, dass Klassentheorien die *geschlechtstypische* Organisation von Arbeit im produktiven Bereich, etwa die Trennung zwischen frauentypischen und männertypischen Berufen, übersehen. Zur Frage, inwieweit Klassenlagen mit Klassenidentität und -bewusstsein einhergehen, zeigt Klinger, dass Überschneidungen in Zugehörigkeiten zu Sozialkategorien wie Klasse, Geschlecht und – wie sie es in kritischer Absicht nennt (siehe dazu ihre Anmerkung am Ende des Textes, S. 276) – »Rasse« auch dazu führen, dass nicht automatisch von einer Klassenidentität ausgegangen werden kann. Klassenübergreifend könnte beispielsweise die Geschlechteridentität (»Frau- oder Mann-Sein«) eine deutlich stärkere Präsenz besitzen. Das wechselseitige Konkurrenzverhältnis zwischen diesen Strukturkategorien (wie ebenfalls Behinderung) und deren Verflechtung wird als *Intersektionalität* bezeichnet.

Neuere Theorien sozialer Ungleichheit – Mehrwert und Grenzen einer beschreibenden Ungleichheitsforschung

Neben solchen Argumenten gerieten Klassen- und Schichtkonzepte in der Sozialstrukturforschung noch in anderer Hinsicht in die Kritik – wie unter anderem die Texte in *Abschnitt III* verdeutlichen:

- (1) Sie seien zu stark ökonomisch ausgerichtet.
- (2) Die subjektive Einschätzung der Klassenlage durch die Klassenangehörigen spiele eine zu geringe Rolle (ein Vorwurf, der für Webers soziale Klassen und in weiten Teilen auch → Bourdieus Klassenkonzept nicht haltbar ist).
- (3) Sie können aufgrund ihrer Erwerbszentriertheit nicht alle Gesellschaftsmitglieder einschließen und somit ihren umfassenden Anspruch nicht einlösen. (Dies ist wohl richtig, wenn Klassenlagen nur als Individual- und nicht als Haushaltsmerkmal verstanden werden).
- (4) Sie seien zu statisch, das heißt, sie können Reproduktion, aber nicht Wandel erklären (für eine Kritik an diesem Argument siehe → Dahrendorf, S. 211).

- (5) Sie behandeln nur »vertikale« Ungleichheit und lassen »horizontale« Ungleichheiten (zum Beispiel aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion), die in heutigen Gesellschaften immer bedeutsamer und daher auch als »neue« soziale Ungleichheiten bezeichnet werden, unberücksichtigt.⁴
- (6) Sie unterstellen – zumindest in der (neo)marxistischen Tradition – eine einseitige Kausalität, bei der aus äußeren Lebensumständen (den Klassenlagen) alltägliches Handeln folgt.

Im Kontext dieser Kritik haben drei neue Konzepte seit den 1980er Jahren in der deutschen Sozialstrukturanalyse eine erhöhte Relevanz erhalten: *Soziale Lagen*, *Lebensstile* und *soziale Milieus*. Sie vertreten meist einen umfassenden Anspruch, denn sie wollen die Gesamtheit der Lebenswelt (das Alltagshandeln) aller Gesellschaftsmitglieder (auch der auf dem Arbeitsmarkt nicht aktiven) erfassen – und dies zugleich mehrdimensional und nicht nur eindimensional ökonomisch.

Lagenkonzepte haben – wie es im Text von → *Stefan Hradil* heißt – das Ziel, durch eine Verbindung von ökonomischen und nicht-ökonomischen *Determinanten* und *Dimensionen* sozialer Ungleichheit der Mehrdimensionalität von Ungleichheitsstrukturen in heutigen westlichen Gesellschaften besser gerecht zu werden. Das Konzept der *sozialen Lagen* von Hradil erfasst dabei – wie Klassen und Schichten – die objektiven Strukturen der Handlungsbedingungen und -ressourcen (Determinanten). Mit diesem Konzept werden gleichwohl nicht die *Ursachen* (Mechanismen) der Nutzung dieser Ressourcen, die zu ungleichen Resultaten hinsichtlich der Erreichung von Lebenszielen (das heißt der vorhandenen Lebensbedingungen als *Dimensionen* sozialer Ungleichheit) führen, benannt. Soziale Lagen sind vielmehr »typische Kontexte von Handlungsbedingungen, die vergleichsweise gute oder schlechte Bedingungen zur Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse gewähren« (→ Hradil, S. 295).⁵ Wie dann aus sozialen

4 Um Irritationen in Bezug auf den fünften Kritikpunkt zu vermeiden: Vertikal und horizontal bezieht sich hier nicht auf die Dimensionen sozialer Ungleichheit. Diese sind immer »vertikal«, denn es geht um Vor- oder Nachteile, ein Mehr oder Weniger, ein Höher oder Tiefer. Gemeint sind hier vielmehr Determinanten sozialer Ungleichheit. Es geht also darum, ob eine bestimmte Determinante bereits selbst eine Ungleichheit bzw. Asymmetrie definiert (wie Klassen und Schichten), oder ob es sich um eine Determinante handelt, die selbst nicht asymmetrisch ist oder sein muss.

5 Im Text verwendet Hradil nur den Begriff der *Dimension* sozialer Ungleichheit, in Bezug auf die oben definierten Strukturelemente sozialer Ungleichheit sind jedoch teilweise *Determinanten* sozialer Ungleichheit gemeint. Von *Determinante* wäre bei »sozialen Lagen« (und deren definierenden Sozialkategorien, hier als primäre und sekundäre »Dimensionen« bezeichnet) als objektive Handlungsbedingungen zu sprechen. Sie definieren den »Input« für Ungleichheiten in unterschiedlichen *Dimensionen* der alltäglichen Lebensführung oder – wie er es nennt – Befriedigung von Bedürfnissen oder Erfüllung von Lebenszielen (»Output«). Gleiches gilt für seine Tabelle 13: Bedürfnisse sind die Dimensionen, seine »Dimensionen« sozialer Ungleichheit hingegen Determinanten (→ Hradil, S. 290).

Lagen eine Ungleichheit in der Befriedigung von Bedürfnissen entsteht, das heißt, durch welche sozialen Prozesse oder Mechanismen hier ein Zusammenhang hergestellt wird, bleibt ebenso offen wie der Zusammenhang zur tatsächlichen Lebensführung (→ Hradil, S. 293). Die Frage, welchen subjektiven Realitätsgehalt diese typischen Handlungsbedingungen (soziale Lagenzugehörigkeiten) besitzen, ist für Hradil allein eine empirische Frage – ein Mechanismus der Verbindung von objektiver Lage und subjektiver Interpretation und Nutzung wird nicht benannt. Damit liefert dieses Konzept zwar gegebenenfalls eine »realitätsnähere« Beschreibung sozialer Ungleichheit als Klassenkonzepte, jedoch enthält es keine umfassende Erklärung sozialer Ungleichheit (ähnliches gilt für das soziale Lagenkonzept von Zapf 1989).

Die »Nutzung« von (objektiven) Handlungsressourcen ist auch Gegenstand von Lebensstil- und Milieukonzepten. *Lebensstile* sind dabei, allgemein formuliert, ein Ensemble von Wertorientierungen, Einstellungen, Deutungen und Geschmacksdifferenzen, das in *relativ stabile Muster* der alltäglichen Lebensführung mündet (siehe oben die Definition von Sozialstruktur). Sie kennzeichnen zugleich die kulturelle Vielfalt von *Individuen*. *Soziale Milieus* sind im Unterschied dazu eher *Gruppen* von Menschen, die ähnliche Lebensstile, -auffassungen und -ziele aufweisen und dadurch (subkulturelle) Einheiten innerhalb der Gesellschaft bilden. Zu betonen ist, dass die verschiedenen Lebensstil- und Milieutypologien – wie Klassen und Schichten – eine ausschnittshafte *Abbildung* der sozialen Wirklichkeit darstellen. Im Unterschied zu Klassen werden sie meist empirisch-induktiv durch statistische Klassifikationsverfahren (zum Beispiel Clusteranalysen) ermittelt. Dabei werden Personen in (Lebensstil- oder Milieu-)Typen zusammengefasst, die sich innerhalb eines Clusters ähnlich sind und in ihren Merkmalskombinationen Unterschiede zu Personen anderer Cluster aufweisen. Diese Cluster werden dann, wie bei Klassen- und Schichtkonzepten, durch Forscherinnen und Forscher benannt. Für Lebensstiltypologien werden häufig Informationen zu Freizeit-, Musik- und Leseinteressen, Wohnstil, Kleidungsstil, Konsumgewohnheiten und anderes mehr erhoben. Bei Milieus ist es ähnlich (→ Vester). Inwieweit sich Personen selbst – subjektiv – diesen Clustern zuordnen würden, wird dabei in der Regel *nicht* erhoben. Im Unterschied zu Klassen- und Schichtkonzepten sind die Konzepte Lebenslagen, Lebensstile und Milieus auf das Individuum bezogen, das heißt, die Zuordnung zu einzelnen Lagen (da Geschlecht und Alter zu ihren Definitionskriterien gehören), Lebensstilen (die stark altersabhängig sind) oder Milieus kann sich für die Mitglieder des gleichen Haushalts unterscheiden.

Die empirische Forschung hat gezeigt, dass sowohl Lebensstile als auch Milieus nicht vollständig von objektiven Lebensbedingungen »entkoppelt« sind (→ Otte). Lebensstile sind neben dem Alter, dem Gesundheitsstatus und dem Lebenszyklus klar von Bildung und Einkommen abhängig – auch in der viel

beachteten Beschreibung der westdeutschen Sozialstruktur als »Erlebnisgesellschaft« von Gerhard Schulze (1982) spielen Bildung und Alter eine zentrale Rolle. Gleiches gilt für soziale Milieus. Nach → *Michael Vester* lokalisieren sich soziale Milieus daher in einem Raum, der aufgespannt wird durch eine vertikale Schichtungsachse und eine horizontale Achse von Werthaltungen und Grundorientierungen, die zugleich eine Achse der Modernisierung darstellt. In seinen Arbeiten verbindet Vester zudem das Habituskonzept von → Bourdieu mit sozialen Milieus. »Soziale Milieus bezeichnen Gruppen mit ähnlichem Habitus, die durch Verwandtschaft oder Nachbarschaft, Arbeit oder Lernen zusammenkommen und eine ähnliche Alltagskultur entwickeln« (→ Vester, S. 314). Während bei → Bourdieu der Habitus den *Zusammenhang* zwischen objektiver Klassenlage und alltäglicher Lebenspraxis herstellt und so der Klassenreproduktion dient (siehe oben), ist der Habitus bei Vester statt Vermittlungsmedium selbst Definitionskriterium von *Milieus*, und die Alltagskultur ist statt Konsequenz die Ursache einer unterschiedlichen Ausbildung des Habitus. Daher bleibt aber auch unklar, was Milieus in Bezug auf soziale Ungleichheit sind: Sind sie Determinante, Ursache oder Dimension sozialer Ungleichheit? Gleiches gilt für die Lebensstilforschung.

Der Überblickstext von → *Hans-Peter Müller* behandelt dazu einerseits die Unterschiedlichkeit von Lebensstil- und Milieukonzepten sowie deren Vor- und Nachteile. Unter anderen stellt er auch den klassentheoretischen Ansatz von → Bourdieu dar. Da Müller jedoch die Kapital»fähigkeit« von sozialem Kapital in Frage stellt und den Habitus nicht als einen der entscheidenden Mechanismen der Herstellung sozialer Ungleichheit fasst, sieht er in Bourdieu – im Unterschied zu dessen Zuordnung in diesem Reader – einen Vertreter des Weber'schen Klassenstand-Paradigmas (→ Müller, S. 342).

Mit dem Text von → *Gunnar Otte* wird die Diskussion um die Erklärungskraft von Lebensstilkonzepten fortgesetzt. Er thematisiert systematisch und empirisch fundiert die oben aufgeworfene Frage danach, auf welcher Strukturebene sozialer Ungleichheit Lebensstile zu lokalisieren sind. Dabei stellt er zugleich die Frage, ob Lebensstilkonzepte – wie mit der oben genannten Kritik an Klassenkonzepten versprochen – diese Probleme wirklich lösen konnten. Sein Resümee zeigt: Lebensstile sind *ergänzende* Konzepte der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung, aber kein Ersatz. Gleiches gilt für soziale Milieus.

Auf die mit der Diskussion um Individualisierung und mit dem verstärkten Auftreten von Lebensstil- und Milieuuntersuchungen verbundene »Unübersichtlichkeit« in der Sozial- und Ungleichheitsforschung hat → *Peter A. Berger* bereits Ende der 1980er Jahre mit der Unterscheidung zwischen einem »Differenzierungsparadigma« und einem »Konsistenz-« oder »Kohärenzparadigma« reagiert: Während aus dem Blickwinkel eines Differenzierungsparadigmas »neue«

Ungleichheiten und die (möglicherweise wachsende) Vielfalt von Lebenslagen und Lebensstilen in den Vordergrund treten, wird unter dem Einfluss des Konsistenz- oder Kohärenzparadigmas (und ganz im Sinne der oben beschriebenen, »klassischen« Klassenkonzepte von → Marx bis → Bourdieu) an Vorstellungen klar »strukturierter« sozialer Ungleichheit festgehalten. Letztere betonen die nach wie vor engen Zusammenhänge zwischen »objektiven« Ungleichheiten und »subjektiven« Momenten der Lebensführung, der Lebensstilisierung oder auch des »Klassenbewusstseins«. Um die Spannung zwischen diesen Perspektiven theoretisch wie empirisch fruchtbar zu machen, schlägt er ein heuristisches Modell der Klassenbildung vor, das einerseits zwischen »Herrschaft«, »Ökonomie« und »Kultur/Soziales« als sozialstrukturellen Achsen, andererseits zwischen institutionellen Rahmenbedingungen sowie Prozessen der ökonomischen, der sozialen und der politisch-ideologischen Klassenbildung unterscheidet und damit sowohl (neo-)marxistische und (neo-)weberianische, aber auch kulturalistische Milieu- und Lebensstilansätze einbinden kann (→ Berger, S. 363). Werden in diesem Sinne – und erkennbar beeinflusst von → Max Weber – Achsen und Prozessebenen auseinandergehalten, dann sind sowohl das Ausmaß von (Ent-)Strukturierung entlang der Achsen und innerhalb der Ebenen als auch die Zusammenhänge zwischen ihnen historisch variabel – und werden somit Gegenstand empirischer Forschungen. Zugleich öffnet sich damit auch der Blick auf eine weitere, bislang eher zögerlich betretene Beschreibungs- und Analyseebene sozialer Ungleichheiten, nämlich auf die Ebene der von objektiven Strukturen zumindest partiell losgelösten »Semantiken« der Selbstbeschreibung moderner Gesellschaften bzw. der Selbstverortung von Personen und Gruppen darin (vgl. auch Berger 1988).

Im Sinne einer solchen verstärkten Berücksichtigung der sozialen Wirklichkeit und Wirksamkeit auch sozialwissenschaftlicher Klassifikationen und Beschreibungen können auch Teile des Textes von → *Martin Kronauer* gelesen werden. Exklusion und Inklusion sind für ihn – anders als für Niklas Luhmann (1996) und die (neuere) soziologische Systemtheorie – nicht einfach als ein logisches »Entweder-Oder« zu denken (vgl. zur Kritik auch → Goldthorpe, S. 258). Auch und gerade bei empirischen Forschungen zu Arbeitslosigkeit und Armut müssen soziale Beziehungen – etwa im Sinne von (Nicht-)Zugehörigkeiten zu sozialen Gruppen bzw. des Zugangs zu sozialen Netzwerken oder sozialem Kapital (vgl. → Bourdieu) – einerseits, konkrete Praktiken der Ausgrenzung oder gar des Ausschlusses vom Zugang zu Positionen und Ressourcen (vgl. → Parkin) andererseits im Mittelpunkt stehen. Nur so können, ganz im Sinne eines relationalen Konzepts sozialer Ungleichheit, gesellschaftliche Spannungsverhältnisse zwischen Drinnen und Draußen erfasst werden.

Dynamische Ansätze der Sozialstrukturanalyse – Herstellung und Reproduktion sozialer Ungleichheit im und durch den Lebens(ver)lauf

Die letzte Gruppe von Texten (*Abschnitt IV*) – Lebenslauf(ver)laufsansätze – greifen insbesondere den oben genannten vierten Kritikpunkt auf. Diese Ansätze heben den statischen Charakter bisheriger Sozialstrukturansätze auf, indem sie sowohl Dauer als auch Stabilität bzw. Kumulation von Ungleichheitslagen berücksichtigen. Damit stellen sie den prozessualen Charakter des »Einmündens« von Personen in ungleiche Positionen sowie des mehr oder weniger dauerhaften Verbleibens in ungleich ausgestatteten Positionen in den Mittelpunkt der Erklärung sozialer Ungleichheit. Lebens(ver)läufe sind dabei auf folgenden Strukturebenen sozialer Ungleichheit von Bedeutung:

- (a) Unterschiedliche Lebens(ver)laufsmuster – mit ungleichen Verweildauern in sozialen Positionen (etwa in der Ausbildung, in Arbeitslosigkeit oder auf einem Arbeitsplatz) oder unterschiedlichen Alterszeitpunkten von Übergängen (etwa dem Verlassen der Schule im Alter von 16 oder 20 Jahren oder dem Heiratsalter) – stellen *Determinanten* sozialer Ungleichheit dar. Sie liefern zugleich Wissensbestände über regelhafte Übergänge, Definitionen von Machbarkeit und Bilanzierungskriterien für die Leistungsbewertung des Einzelnen und sind damit ein Ausgangspunkt ungleicher Lebenschancen im weiteren Lebensverlauf (→ Mayer/Müller).
- (b) Lebens(ver)läufe sind als Resultat der Möglichkeiten, Anforderungen einer gesellschaftlich definierten »Normalbiografie« (→ Kohli) erfüllen, Karriereambitionen verwirklichen oder Vor- und Nachteile im Leben aufschichten zu können (→ Mayer), auch eine *Dimension* sozialer Ungleichheit.
- (c) Schließlich bezeichnen Lebens(ver)läufe zugleich die *Prozessebene*, denn über die Abfolge der Mitgliedschaften in unterschiedlichen sozialen Positionen werden soziale Ungleichheiten überhaupt erst hergestellt (→ Mayer; → Krüger). *Zeit* erhält damit in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung für die Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung: als *Alter* im Sinne von »benötigter Lebenszeit«, um eine bestimmte soziale Position zu erreichen; als *Verweildauer* in bestimmten Positionen und den damit verbundenen Chancen der Akkumulation vorteilhafter Ressourcen (zum Beispiel von Wissen oder Berufserfahrungen) oder als Risiko eines Ausschlusses davon (zum Beispiel durch Langzeitarbeitslosigkeit oder chronische Krankheiten), und als *historische Zeit* im Sinne von jeweils vorhandenen Gelegenheitsstrukturen, definiert über den Zeitpunkt der Geburt (Geburtskohorten, siehe unten) oder historische Ereignisse, wie den Zweiten Weltkrieg oder den Fall der Mauer 1989, die das Leben aller zu dieser Zeit Lebenden beeinflussen können (im Sinne von historischen Perioden).

Die Begriffe Lebenslauf (Kohli) und Lebensverlauf (Mayer) stellen dabei nicht rhetorische Vorlieben der Autoren dar, sondern stehen für unterschiedliche Konzepte. Für → *Martin Kohli* ist der Lebenslauf selbst eine »soziale Institution« (im Sinne einer »selbstverständlichen«, unhinterfragten Art und Weise, sein Leben zu organisieren). Der Lebenslauf basiert auf einem Regelsystem, in dem das Alter und die Lebenszeit für die Teilhabe an zentralen Dimensionen des Lebens eine strukturierende Bedeutung haben. Das zur Verfügung gestellte institutionalisierte Ablaufprogramm des Lebens wird auch als *normativ* typischer und institutionell »gewollter« Lebenslauf *Normalbiografie* bezeichnet. Diese steht in einem Spannungsverhältnis zur *biografischen Perspektive* der Individuen, durch die diese kulturell vorgegebene (institutionalisierte) Codes von Lebenslauf-Institutionen sowie Kontingenzerfahrungen individuell deuten, verarbeiten und »normalisieren« – und auf dieser Basis letztlich handeln. Der individuelle Lebenslauf ist damit das Resultat eines gegebenenfalls spannungsvollen Wechselverhältnisses von objektiven Vorgaben bzw. Anforderungen und subjektiven (»eigenwilligen«) Deutungs- und Verarbeitungsweisen. Der Lebenslauf als soziale Institution moderner Gesellschaften ist, wie Kohli in seinem Text ausführt, historisch voraussetzungsreich, da er die Planbarkeit des Lebens sowie eine *individualisierte* Lebensführung zur Voraussetzung hat; zugleich ist er historisch als Vergesellschaftungsprogramm notwendig, da andere Formen sozialer Kontrolle und Integration (wie der Hof- und Familienzusammenhang) verschwinden; und schließlich ist er historisch vergänglich, da gesellschaftliche Strukturveränderungen – zum Beispiel durch einen Individualisierungsschub (→ Beck) – die Grundlagen des institutionellen Ablaufprogramms unterminieren können. Sozialen Wandel beschreibt Kohli dementsprechend als langfristigen historischen Trend von der Zeit vor der industriegesellschaftlichen Modernisierung, in der das Leben dem Muster der *Zufälligkeit* folgte, gefolgt von der Periode der *Institutionalisierung* des Lebenslaufs im modernen Wohlfahrtsstaat, die seit den 1980er Jahren von einer Periode der *De-Standardisierung* des Lebenslaufs und der Individualisierung abgelöst wird.

Für → *Karl Ulrich Mayer* ist der Lebensverlauf die zeitliche Abfolge von »Mitgliedschaften in institutionellen Ordnungen« (→ S. 411) oder, anders formuliert, »die Abfolge von Aktivitäten und Ereignissen in verschiedenen Lebensbereichen bzw. Handlungsfeldern von der Geburt bis zum Tod« (→ S. 411), durch die Erfahrungen, Ressourcen sowie Vor- und Nachteile angehäuft werden. Im Unterschied zu Kohli ist nicht der Lebenslauf selbst eine soziale Institution, sondern Lebensverläufe sind durch Institutionen strukturiert, und Lebensverläufe spiegeln dann regelhafte Ausprägungen der institutionellen Gelegenheitsstrukturen wider (→ Mayer/Müller). Der Lebensverlauf ist nach Mayer ein *multidimensionaler* (gleichzeitige Mitgliedschaft in institutionellen Ordnungen unterschiedlicher Lebensbereiche) und *selbstreferenzieller* (durch frühere Lebensereignisse beeinflusster) *Mehrebenenprozess* (da das Individuum zugleich mit den Lebensverläufen anderer Personen ver-

bunden ist, sei es in der Herkunftsfamilie, in der späteren eigenen Familie oder der Arbeitswelt). Eingebettet ist dieser Prozess durch die historische Zeit der Geburt (Geburtskohorte) und die damit definierte sozialhistorische »Lagerung« in unterschiedliche institutionelle Gelegenheitsstrukturen (vgl. Mannheim 1964 [1928]). Wie → Karl Ulrich Mayer und Walter Müller in ihrem Beitrag zeigen, definiert das Geburtsjahr von Personen nicht nur ein unterschiedliches Alter zu einem gegebenen Zeitpunkt (das heißt, ob Personen im Jahr 2000 beispielsweise 30 oder 70 Jahre alt waren), sondern auch die altersspezifische Betroffenheit durch historische Ereignisse und institutionelle Konstellationen: Während zum Beispiel die im Jahr 2000 30-Jährigen (bzw. 1970 Geborenen) die Schule in den 1980er Jahren, also nach der Bildungsexpansion, besucht haben, gingen die 70-Jährigen (bzw. 1930 Geborenen) während der 1940er Jahre in die Schule; und während Erstere ihren Arbeitsmarkteinstieg in den 1990er Jahren nach der Wiedervereinigung hatten, begannen Letztere ihre Erwerbstätigkeit in der Nachkriegszeit in den Ost- oder Westzonen (bzw. in der DDR oder BRD). Angesichts solcher Kohortenunterschiede kann es nach dem Lebensverlaufsansatz *die* Normalbiografie gar nicht geben und Periodisierungen von Lebenslaufregimen (wie bei → Kohli) erscheinen für die Untersuchung von sozialem Wandel als wenig hilfreich.

Ähnlich wie → Klinger in Bezug auf Klassentheorien kritisiert → Helga Krüger in ihrem Text die Geschlechterblindheit der Ungleichheits- sowie der Lebenslauf-/Lebensverlaufsforschung.⁶ Zentraler Kritikpunkt ist dabei die Markt- und Erwerbszentriertheit der Ansätze und damit die Unterbelichtung der »Analyse von Institutionen *jenseits des Arbeitsmarktes*« (→ Krüger, S. 447, Hervorhebung im Original). Zentral ist die Frage, inwieweit *Geschlecht* als Determinante sozialer Ungleichheit (beispielsweise bei Bildungs- und Berufschancen, bei Einkommen, Renten, Armutsrisiken und anderem mehr) durch die Standardisierung von weiblichen und männlichen Lebens(ver)läufen als »strukturierte Wege durch die Sozialstruktur« (→ Krüger, S. 448) – bzw. in den Worten von Mayer (→ S. 411) als »Abfolge von Mitgliedschaften/Positionen in institutionellen Ordnungen« – relevant wird. Sie untersucht, ob bereits den institutionellen Regelungen eine Geschlechterdimension innewohnt, die unabhängig von individuellen Entscheidungen von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern Gestaltungsmacht erlangt. So ist beispielsweise nicht die Ausbildung bzw. das Ausbildungsniveau oder die Entscheidung von jungen Frauen für einen bestimmten Beruf – zum Beispiel als Krankenschwester – dafür verantwortlich, dass sie weniger als Männer – zum Beispiel als Schlosser – verdienen oder geringere Aufstiegsmöglichkeiten haben, sondern die soziale Definition und Bewertung dieser Berufe als »weiblich« oder »männlich« und ihre dementsprechende Nähe oder Ferne zu einer »marktzentrierten oder fa-

milienzentrierten Lebensführung« (→ Krüger, S. 453). Ferner wird die Markt- oder Erwerbszentriertheit des einen (zumindest in Westdeutschland meist: männlichen) Lebensverlaufs unter anderem angesichts der in sozialstaatliche und familienpolitische Regelungen eingelassenen Geschlechterordnung erst in *Komplementarität* mit einem familienzentrierten (»weiblichen«) Lebensverlauf ermöglicht. So setzt die allseitige, kontinuierliche und flexible Verfügbarkeit der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt des einen die private bzw. unbezahlte Familienarbeit der anderen voraus. »Geschlechtersegregierte Institutionen« (→ Krüger, S. 457), wie Familie, Ausbildung und Arbeitsmarkt, stellen für sie daher den *Mechanismus* von Geschlechterungleichheiten in der Erwerbsbeteiligung und in Arbeitsmarktgratifikationen (zum Beispiel Entlohnung und Beförderung) dar – und zugleich eine entscheidende Stellschraube, diese zu beseitigen (siehe dazu weiterführend Gottschall 2000).

Abschließende Bemerkung

Nach dieser Einführung in die Thematik sozialer Ungleichheit und in zentrale Beiträge zur Beschreibung und Erklärung von sozialen Ungleichheiten bleibt der Herausgeberin und den beiden Herausgebern dieses Readers nur noch zu hoffen, bei den Leserinnen und Lesern das Interesse an den nachfolgenden Texten geweckt zu haben. Beim und nach dem Lesen der Texte wird es für deren Verständnis sicherlich hilfreich sein, die eine oder andere Passage der Einleitung erneut heranzuziehen. Darüber hinaus können folgende Bücher für das Verständnis sozialer Ungleichheit hilfreich sein:

- als Lehrbuch: Rössel, Jörg (2009). *Einführung in die Sozialstrukturanalyse. Strukturierte Ungleichheit, Lebensstile und soziale Milieus*. Wiesbaden: VS Verlag.
- und als englischsprachige Sammlung von gekürzten Originaltexten zahlreicher weiterer Ungleichheitsforscherinnen und -forscher: Grusky, David B. (Hg.) (2008). *Social Stratification: Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*. Boulder, CO: Westview Press.

⁶ In ihrem Text verwendet Helga Krüger die Begriffe Lebenslauf und Lebensverlauf synonym.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
 Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
 Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten
 sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
 ISBN 978-3-593-38847-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
 Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
 insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
 und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
 Copyright © 2009 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main
 Satz: Fotosatz L. Huhn, Linsengericht
 Druck und Bindung:
 Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
 Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung <i>Heike Solga, Peter A. Berger und Justin Powell</i>	11
I. Klassische Theorien – Soziale Ungleichheit als Strukturmerkmal von Gesellschaft	47
I.1 Funktionalistische Schichttheorie – Ist soziale Ungleichheit notwendig?	47
Einige Prinzipien der sozialen Schichtung <i>Kingsley Davis und Wilbert E. Moore</i>	49
Kritische Bemerkungen zur funktionalistischen Schichtungstheorie <i>Renate Mayntz</i>	57
Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen <i>Heike Solga</i>	63
I.2 Klassentheorien in der Tradition von Marx und Weber – Kritische Analyse sozialer Ungleichheit	73
<i>Das (Neo-)Marxistische Klassenparadigma</i>	
Manifest der kommunistischen Partei <i>Karl Marx und Friedrich Engels</i>	75
Wo liegt die Mitte der Mittelklasse? <i>Erik Olin Wright</i>	85

Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital	111
<i>Pierre Bourdieu</i>	
<i>Das Weberianische Klassenparadigma</i>	
Stände und Klassen	127
<i>Max Weber</i>	
Machtverteilung innerhalb der Gemeinschaft: Klassen, Stände, Parteien . . .	133
<i>Max Weber</i>	
Dimensionen vertikaler Ungleichheit heute	143
<i>Reinhard Kreckel</i>	
Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung	155
<i>Frank Parkin</i>	
Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP)	167
<i>Hildegard Brauns, Susanne Steinmann und Dietmar Haun</i>	
Trends in Class Mobility: The Post-War European Experience	171
<i>Robert Erikson and John H. Goldthorpe</i>	
 II. Debatten um das Ende von Klasse und Schicht – Leben wir noch in einer Klassengesellschaft?	199
Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft	201
<i>Helmut Schelsky</i>	
Gibt es noch Klassen?	207
<i>Ralf Dahrendorf</i>	
Jenseits von Stand und Klasse?	221
<i>Ulrich Beck</i>	
Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse	239
<i>Rainer Geißler</i>	
Globalisierung und soziale Klasse	249
<i>John H. Goldthorpe</i>	

Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht	267
<i>Cornelia Klinger</i>	
 III. Neuere Theorien sozialer Ungleichheit – Mehrwert und Grenzen einer beschreibenden Ungleichheitsforschung	279
Lagen und Milieus: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft	281
<i>Stefan Hradil</i>	
Soziale Milieus im Überblick	313
<i>Michael Vester</i>	
Lebensstile. Ein neues Paradigma der Differenzierungs- und Ungleichheitsforschung?	331
<i>Hans-Peter Müller</i>	
Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft?	345
<i>Gunnar Otte</i>	
Klassen und Klassifikationen. Zur »neuen Unübersichtlichkeit« in der soziologischen Ungleichheitsdiskussion	359
<i>Peter A. Berger</i>	
Die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft. Eine Verteidigung des Exklusionsbegriffs gegen seinen mystifizierenden Gebrauch.	375
<i>Martin Kronauer</i>	
 IV. Dynamische Ansätze der Sozialstrukturanalyse – Herstellung und Reproduktion sozialer Ungleichheit im und durch den Lebens(ver)lauf	385
Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente	387
<i>Martin Kohli</i>	
Lebensverlauf	411
<i>Karl Ulrich Mayer</i>	
Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat	427
<i>Karl Ulrich Mayer und Walter Müller</i>	

Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfungen im Lebenslauf	447
<i>Helga Krüger</i>	
Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren	463
Literatur	475

Vorwort

Als mich im Sommer 2007 der Campus Verlag fragte, ob ich nicht Lust hätte, ein Lehrbuch zur Sozialstrukturanalyse zu schreiben, war ich zunächst zögerlich. Es war weniger die fehlende Lust, als vielmehr die Tatsache, dass es schon sehr viele Lehrbücher zur Sozialstrukturanalyse gibt. Daran fehlte es meines Erachtens nicht. Was jedoch auf dem deutschen Lehrbuchmarkt fehlt, ist etwas wie der unter US-amerikanischen Studierenden sehr bekannte Band »Social Stratification: Class, Race, and Gender in Sociological Perspective«, der von David B. Grusky erstmals 1994 (und in der dritten überarbeiteten Auflage 2008) herausgegeben wurde. Mit seinen mehr als 1.000 Seiten ist dieses Buch ein reicher Fundus an (gekürzten) Originaltexten zur Sozialstrukturanalyse und zu sozialer Ungleichheit. Gleichwohl ist er für den Einstieg in die Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung für deutsche Studierende und Interessierte nicht geeignet. Dies liegt weniger daran, dass die Texte in diesem Band in englischer Sprache verfasst sind, als vielmehr daran, dass er die deutschen Klassiker der Sozialstrukturanalyse, abgesehen von Marx, Weber und Dahrendorf, sowie die deutschen Debatten zur Entwicklung sozialer Ungleichheit nicht berücksichtigt. So entstand die Idee, anstatt eines klassischen Lehrbuchs einen »Reader« zur Sozialstrukturanalyse herauszugeben – das Ergebnis sehen Sie hier.

In diesem Reader sprechen nach einer Einleitung, in der zentrale Begriffe und Konzepte der Analyse sozialer Ungleichheit dargestellt werden, die Originaltexte ihre eigene Sprache. Es handelt sich dabei um die Texte, die nach Ansicht der Herausgeberin und der beiden Herausgeber jede und jeder gelesen haben muss, der soziale Ungleichheit verstehen und erklären möchte. Diese Texte haben wir auf ihre zentralen Aussagen hin gekürzt. Gründe dafür waren zum einen, dass die zur Verfügung stehende Lese-Zeit für das Kennenlernen unterschiedlicher Perspektiven in der Ungleichheitsforschung genutzt und dieser Reader auch als Grundlage für Vorlesungen, Übungen und Seminare in den ersten Semestern verwendet werden kann. Zum anderen diente die Kürzung der Texte auch deren besserem Verständnis, da mit Blick auf den unkundigen Leser bzw. die unkundige Leserin »Nebengleise bzw. -schauplätze« in der Argumentation sowie mehr zur Verwirrung denn zum Verständnis beitragende Literaturverweise gestrichen wurden.